

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Gehennenspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung  
60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn  
80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Post-  
leistungsziffre Nr. 4527) vierjährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M.,  
für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Versandgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 geschaffene Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf.,  
für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet.  
Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu be-  
zahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die allgemeine Nummer steht  
9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Die Welfen in Braunschweig.

\* Leipzig, 2. Mai.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Die Welfenpartei im Herzogtum macht die krampfhaftesten Anstrengungen, die sogenannte Welfenfrage in Fluss zu bringen und das Augenmerk auf diese zu lenken. Die ganze Sache ist nicht das, was aus ihr gemacht wird, allein es lohnt sich schon einmal, dieselbe näher zu betrachten, schon um darzutun, welche merkwürdigen Zustände innerhalb der Bismarckschen deutschen Einheit noch bestehen.

Die „Welfenfrage“ besteht für Braunschweig seit 1884, nachdem der alte Herzog Wilhelm gestorben. Der Herzog von Cumberland, Sohn des 1866 vertriebenen Königs Georg V. von Hannover, „ergriff“ als das Haupt des Welfenhauses durch ein „Patent“ von dem Herzogtum Braunschweig „Besitz“. Indessen nahm die braunschweigische Regierung keine Notiz von diesem Patent, und Braunschweig, das verwaiste Herzogtum, blieb fast ein Jahr lang ohne Fürsten, also „Republik“; ohne daß in dieser Zeit etwas Besonderes sich ereignet hätte. Da aber die welfischen Agitatoren sich regten, so beschloß der Bundesrat zu Berlin, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland mit der „Sicherheit des Reichs“ unverzüglich sei, welchem Beschluß die braunschweigische Landesversammlung zustimmt und hierauf eine Regierung einsetzte.

Der Herzog von Cumberland wollte zwar die Reichsverfassung anerkennen, aber seine Ansprüche auf sein „väterliches Königreich Hannover nicht aufgeben“. Darin liegt ein Widerspruch; indessen machte man sich auf der anderen Seite auch genug der Widersprüche schuldig. In Braunschweig besteht ein Provisorium und schon 1885 wurde in der staatsrechtlichen Kommission des braunschweigischen Landtags angeregt, ob man den Herzog nicht definitiv vom Thron ausschließen solle. Aber das Ministerium wollte das Legitimitätsprinzip nicht verletzen und so kam man dahin, daß die Regentschaft des Herzogtums „im Interesse des Herzogs“ von Cumberland geführt wird, „um seinen dauernden Ausschluß vom Thron zu vermeiden“, aber „nicht in seinem Namen“.

Dieser widersprüchsvolle und sonderbare Zustand bildet natürlich einen unerschöpflichen Quell für die welfische Agitation. Während die Welfen auf die Legitimität und das „angesammte Recht“ des Herzogs von Cumberland pochen, wird von der anderen Seite betont, daß wer die Vereinigung des früheren Königreichs Hannover mit

Bremen als nicht zu Recht bestehend anerkenne, auch ein Feind der Reichsverfassung und des Reichs selber sei.

Welch schöner Stoff für spitzfindige und gräßelnde Juristen! Sie haben denn auch auf beiden Seiten das Möglichste gethan, die ohnehin verworrene Frage noch verworrender zu machen.

Nun haben die welfischen Agitatoren eine Eingabe an den braunschweigischen Landtag gerichtet, in der sie verlangten, daß in die bisherige Eingangsformel der Gesetze und Verordnungen der Bischöfe „im Namen Seiner königlichen Hoheit des Herzogs Ernst August“ eingefügt werde. Die Justizkommission des Landtags hat diesen Antrag abgelehnt und zwar mit einer sehr schwachen Begründung, die zwischen von einem angesehenen Richter, dem alten Dedekind in Braunschweig, scharf angegriffen worden ist. Dieser Dedekind hat kurz zuvor auch in einer Broschüre das „angesammte Recht“ des Herzogs von Cumberland verteidigt und ist deshalb in eine Disziplinaruntersuchung verwickelt worden.

So geht es hin und her; Welfen und Welfengegner erhitzen sich. In der Presse ist ein großes Aufheben von diesem Streit gemacht worden; nach manchen Blättern zu urteilen hätte man glauben können, daß ganze braunschweigische Land sei in sieberhafter Aufregung ob der „Welfenfrage“. Wer unsere braunschweigischen Verhältnisse nur elnpigermaßen kennt, wird darüber lachen.

Es gibt allerdings Leute, die durch diese Angelegenheit in Aufregung versetzt werden. Das sind zunächst die welfischen Agitatoren selbst; die unter einem Welfenregiment eine neue Zukunft sich erhoffen glauben; das sind mißvergnügte Jünger, die jetzt am Hofe nicht gut angeschrieben sind und die am neuen Welfenhofe Hofmarschälle, Kammerherren, Oberjägermeister, Oberstallmeister und dergleichen zu werden hoffen; das sind mißvergnügte Spießbürger, die Hoflieferanten werden wollen, und was dergleichen „strebhame“ Elemente mehr sind. Leute wie der schon erwähnte Landgerichtspräsident Dedekind, die aus Gegnerschaft gegen Bremen und aus unbeugsamer, überzeugter Hingabe für das ererbte „Recht“ des Welfenstamms sich auf die Seite des Herzogs von Cumberland schlagen, sind sehr selten geworden und sterben allmählich aus.

Das Programm der Welfenpartei hat recht freisinnige Anläufe und man sucht den Glauben zu erwecken, als werde der Herzog von Cumberland nach diesem Programm regieren, abgesehen von anderen blauen Dunst, den man namentlich den Bauern vormacht. Wer diese Dinge verbreitet, läßt sich nur vermuten, nicht nachweisen; die Führer der Welfen thun es bei ihrem öffentlichen Auftreten natürlich nicht. Thatsthing aber ist, daß bei der letzten Wahlbewegung „unter der Hand“ verbreitet wurde, unter einer Welfen-

Regierung müsse man wenig oder keine Steuern zahlen. Auch mit dem verstorbenen Herzog Wilhelm wird ein Kultus getrieben, der um so abgeschmackter erscheint, als zu den Lebzeiten dieses Fürsten die alten Welfen für denselben seineswegs sonderlich begeistert waren.

Der Herzog von Cumberland ist ein Enkel des Königs Ernst August, der einst die hannoversche Verfassung umgestaltet hat, und ein Sohn des blinden Königs Georg V., der als starrer Autokrat in der Reaktionszeit der fünfzig Jahren alle entschieden liberalen Regelungen niedergeschlagen fügte. Ob der Herzog von Cumberland, in solchen Traditionen aufgewachsen, die Pfade seines Vaters und Großvaters wandeln würde, weiß man nicht. Da er aber sich über seine politischen Anschaunungen noch nicht öffentlich geäußert hat, so ist zu befürchten, daß er an seinen Familientraditionen festhalten würde. Jedenfalls würde er nicht nach dem Programm der Welfenpartei regieren.

Die starke Partei im Herzogtum ist die Sozialdemokratie, was die bürgerliche Presse gewöhnlich außer acht läßt, wenn sie von der Haltung der braunschweigischen Bevölkerung gegenüber der Welfenfrage spricht. Der erste und der dritte Wahlkreis des Herzogtums sind sozialdemokratisch vertreten; im zweiten Wahlkreis verfügt die Partei über eine sehr ansehnliche Minderheit. Die Sozialdemokratie sieht der „Welfenfrage“ an sich mit vollendetem „Wirtschaftigkeit“ gegenüber; sie bekämpft energisch das gegenwärtig in Braunschweig herrschende System. Sie will aber auch von dem Welfentum nichts wissen. Was die braunschweigischen Arbeiter für das Herzogtum zunächst verlangen, das ist nicht eine Welfenregierung, sondern das allgemeine Wahlrecht für den Landtag. Das gegenwärtig in Braunschweig bestehende Wahlsystem hat bei der Verschlechterung des Wahlrechts in Sachsen zum Muster gedient und macht es den Arbeitern unmöglich, eine Vertretung im Landtag zu erzielen, auch wenn sie in der dritten Wählerklasse die überwältigende Mehrheit haben.

Die Versuche der Welfen, bei der Wahlbewegung Stimmen unter den Arbeitern zu gewinnen, sind gänzlich gescheitert; sie mußten sich damit begnügen, einzelne Spießbürger und Bauern für die Welfenherrschaft zu begeistern. Wenn sie von den „großen historischen Erinnerungen“ des Welfenstamms sprechen, so wurde ihnen entgegengehalten, daß ein welfischer Regent im 18. Jahrhundert braunschweigische Landeskinder an die Engländer verkauft hat, die dann im nordamerikanischen Kriege verwendet wurden.

Wenn der Herzog von Cumberland durch die welfischen Kandidaturen bei den letzten Wahlen hat erforschen wollen, wie weit die Bevölkerung des Herzogtums ihm zugethan ist, dann kann ihm das Resultat wenig Vergnügen gemacht haben. Wenn die Fehler in der gegenwärtigen braun-

## Seuilletou.

Nachdruck verboten.

### Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Lie.

„Nein, nein, lasst Dich nicht mit Füßen treten, Du. Hier wirst Du den Sommer über wohl Unterkunft finden und Kleider und Reisegeld, kurz all die unbedeutenden Kleinigkeiten, deren Du bedarfst, um Dich wieder draußen in der Welt zeigen zu können.“

„Du meinst gebremst — danke!“ —

„Kurz und gut, mein Junge, willst Du es annehmen, oder willst Du nicht? Du verlangst wohl nicht, daß ich Dich auch noch mit dem nötigen Selbstbewußtsein austüsten soll.“

„Vater, Dir versteht eine Künstlerseele nicht; Du verbredest meine Worte.“

„Hab die Güte und antworte mir auf gut noweglich: Willst Du es annehmen oder willst Du nicht? Ich bin in der That so kleinlich, es als eine Gabe zu betrachten, damit zu rechnen. Hast Du meine Hilfe nicht nötig, dann wird das für mich eine große Erleichterung sein.“

Endre standte vornehm und resigniert vor sich hin: „So märchen Künstler mußte um seines Talentes willen Kränkungen und Beleidigungen hinnehmen. Das ist wie eine Mutter, die ihr Kind trägt; sie hegt weder Bedenken zu hungern, noch sich zu demütigen.“

In seinem Antlitz bebte es wie Rührung.

„Vor ... Dummes Zeug und Geschwätz, all das!“

„Kannst Du nicht hierher, weil man Dich als Sänger kostet, habe? Was redest Du denn da von einem Künstler, einem Kinde?“

„Ich täuschte mich nicht in meinem Können; ich wußte nur nicht, in welchem Fach ich Künstler war, Vater,“ sprach er selbstbewußt.

„Dann zeige es, wenn es so weit ist. Aber in diesem Augenblick sind wir beide uns doch darüber einig, daß hier von keinem Künstler und keinem Triumph die Rede sein kann, sondern nur von einer verfehlten Laufbahn und Zeitvergeudung ... Sollte es mir nicht endlich einmal gelingen, Endre, Dir die Wirklichkeit vor Augen zu führen?“

Wahrlich, eine Prosa sprache, die ihres Gleichen sucht, — die sowohl Glauben als Hoffnung nimmt. — Das soll einem nicht gerade Stimmung und Mut geben, etwas zu werden.“ —

„Ich glaube, meiner Seele, damit willst Du sagen, daß der neue Künstler, mit dem Du schwanger gingst, nun ebenfalls tot ist. — Denn alles, wovon Du da redest, — sowohl der Künstler war, als der, welcher werden soll, — das existiert nur in Deiner Phantasie ... Besuchte einmal Dich recht zusammen zu nehmen, Junge, Dir klar zu machen, was Du kannst und was Du nicht kannst; untersuche, was für Gaben Du besitzest, und ob Du Willen genug hast, sie zu verwerten, damit nicht wieder lauter Rauch und Dunst daraus wird. — Hör, Endre,“ unterbrach sich der Doktor nachdenklich, „ich mache Dir einen Vorschlag; arbeite etwas, damit Du Dir Deinen Aufenthalt hier verdienst, — nur abschreiben, sauber abschreiben, verstehst Du — täglich zwei Seiten aus dieser Zeitschrift. Ich habe so wenig Zeit dafür übrig.“

Nimm es mit hinauf auf Dein Zimmer. — Jeden Sonn-

abend morgen mußt Du mir zeigen, was Du geschrieben hast, — aber ohne daß man Dich erst jedesmal dazu auffordern muß. So, — lasst es unter uns bleiben.“

„Glaube mir, Vater,“ rief Endre herlich, „ich bin nicht gefühllos. — Ich sehe — ich begreife Deine gute Absicht — wenn ich auch nicht gerade ...“

„Te te te te ... Red ein andermal mehr ... Geh jetzt, mein Junge; ich habe keine Zeit mehr.“

Nachdenklich saß der Doktor da und putzte seine Brillengläser; sein Gesicht erschien schweigend, blau, als er die Brille gegen das Licht hielt und hindurchschaute. „Huhu — ja“

Er ergriß seine Mütze — ging hinaus und fragte den Knecht, wann mit dem Mähen der Gerste dort unten auf dem Felde hinter dem Garten begonnen werden sollte. Abschließlich ging er Bente aus dem Wege; er würde sie nur geplagt und gequält haben, das wußte er, und das Zimmer, wo jetzt Endre sich aufhielt, war ihm ungemein geworden.

Unten auf dem Fahrteweg vernahm er ein Geräusch von Rädern und sah Massi und Arent und Minna, die geräuschvoll die Treppe hinabstürzten, um Thella in Empfang zu nehmen. Sie ließ sich jetzt stets die Höhe von der Mühle nach Elsäß hinauffahren; in einigen Monaten wurde ein kleiner Nachkommne erwartet.

Nachdem er lange über die Gerste gesprochen, zwei morsche Stäbe des Gartenzäuns beseitigt und Befehl gegeben hatte, sie auszubessern, darauf das Gebäude in Augenschein genommen, wo an einer Stelle eine Dachrinne halb zerbrochen herunter hing, wanderte er im Garten hin und her und bohrte seinen Stock in das Weinlaub an der Mauer.

(Fortschreibung folgt.)

schweigischen Regierungspolitik den Wessen auch noch einige Anhänger zu führen sollten, so verbürgt dies doch der Partei keine Zukunft. Denn wenn der Herzog von Cumberland sich mit dem Reich und mit Preußen aussöhnen und seine „Ansprüche“ auf Hannover aufgeben würde, dann wäre ja die ganze welfische Agitation gegenstandslos.

## Politische Übersicht.

Das Gumbinner Urteil:

Die Verhandlungen des Oberkriegsgerichts in Gumbinnen gegen die Unteroffiziere Marten und Hidell haben mit der Freisprechung der beiden Angeklagten geendet. Wir stellen die Genehmigung über das Ergebnis der viertägigen Verhandlungen, soweit es auf das natürliche menschliche Mitgefühl mit den beiden Freigesprochenen ankommt, aber nicht im entferntesten teilen wir die Genehmigung über das militärgerichtliche Verfahren, dem manche liberale Blätter schon den Vorbeir zu schlechten beginnen, den sie für „preußische Richter“ immer bereit haben. Mindestens seit der ersten Verhandlung gegen Marten und Hidell stand für jeden Unbesangenen fest, daß beide vollkommen unschuldig an der Tötung des Mittmeisters v. Krosigk waren. Man könnte nur darüber staunen, daß überhaupt eine Anklage gegen sie erhoben worden war, und man mußte noch viel mehr darüber staunen, daß es bei dem ersten freisprechenden Erkenntnis nicht sein Gewissen hatte. Nach der Lösung des Falles brauchte man freilich nicht lange zu suchen, denn in der militärischen Presse wurde mit einer seltenen Abwesenheit von Scham der Soz plädiert, daß es besser sei, einen Justizmord an zwei Unschuldigen zu begehen, als die militärische Disciplin dadurch zu erschüttern, daß eine Thot, wie die Erschießung des Mittmeisters v. Krosigk, der bekanntlich ein Soldatenquäler ersten Ranges gewesen war, straflos bleibe.

Die erste Probe auf dies Exempel gelang denn belohnlich auch; das Oberkriegsgericht sprach im vorigen Sommer zwar Hidell frei, verurteilte aber Marten zum Tode. Einzig und allein ein grober Formfehler machte die Kassierung dieses Urteils notwendig, und nun hat allerdings das Oberkriegsgericht beide Angeklagten freigesprochen, aber nur mit einer Begründung, die sie fortwährend unter dem dringenden Verdacht der That läßt. Es ist eine Freisprechung ab instantia, wie man in der vorläufigen Gerichtsprüfung zu sagen pflegte, eine Freisprechung in dem Sinne, daß die Angeklagten allerding wohl schuldig seien, aber daß man sie freisprechen müsse, weil ihnen die That nicht zu beweisen sei. In der bürgerlichen Rechtsprüfung hat man mit dieser Freisprechung von der Instanz seit dem Jahre 1848 mit gutem Grunde aufgeräumt; jeder Angeklagte, den man freisprechen muß, weil man ihm seine Schuld nicht beweisen kann, ist damit für unschuldig erklärt, und damit bestallt.

Wir glauben nun zwar nicht, daß die Angeklagten Marten und Hidell unter dieser halben und widerwilligen Freisprechung viel zu leiden haben werden; eher werden sie dadurch in allen benachbarten Volkskreisen, denen eine unparteiliche Rechtsprüfung am Herzen liegt, an Sympathie nur gewinnen. Aber über diese richterliche Entscheidung als solche irgendwelche Befriedigung zu empfinden, liegt nicht der geringste Ansatz vor. Sie zeigt vielmehr aufschlagend, daß mit allem Hemmstücken an der militärischen Gerichtsbarkeit noch nicht viel gebessert ist. Wenn das Oberkriegsgericht die Angeklagten für „fast“ überführt erachtet hat, obgleich auch nicht das geringste gegen sie bewiesen worden ist, so hätte irgend ein greifbarer oder zufälliger Umstand, der gegen die Angeklagten zu sprechen schien, ihre „ganze“ Überführung herbeiführen können, und der Justizmord wäre trotz alledem perfekt geworden.

Man wird wohl kaum irgendwo darüber im Zweifel sein, daß die Offenlichkeit des Gerichtsverfahrens die entscheidende Wendung im Schicksal der Angeklagten herbeigeführt hat. Das ist ein Fortschritt, den wir anerkennen, aber er genügt lange nicht. Die Angeklagten konnten so unschuldig sein, wie sie wollten; wäre der Indizienbeweis gegen sie nur nicht so ganz schattenhaft gewesen, so hätte sie auch die Offenlichkeit des Verfahrens nicht gereizt. Das zeigt die Begründung des freisprechenden Urteils, und deshalb ist dies Urteil keineswegs geeignet, den Kampf gegen die militärische Gerichtsbarkeit einzuschärfen, sondern es muß diesen Kampf vielmehr erst recht anfeuern, bis die letzten Trümmer der feudal-militärischen Justiz beseitigt worden sind.

## Für den Generalstreit.

Der Peuple schreibt:

Selt einigen Tagen wählt sich die literale Presse die Gurgel mit einem Artikel des Vornörts. Man weiß, daß die deutschen Sozialdemokraten einem Generalstreit stets feindlich gegenüber gestanden und diesen stets als ein mangelhaftes politisches Mittel bezeichnet haben. Das offizielle Organ erklärt auch jetzt wieder, daß es ein Fehler gewesen ist, zum Generalstreit zu greifen, sonst aber hing, daß es schwierig ist, die Ereignisse von der Ferne aus zu beurteilen. Und darum nun sind die Reaktionäre außer sich vor Freude.

Wir bedauern aber, ihre Freude stören zu müssen, denn wir erklären es gerade heraus, daß wir auch nicht die geringste Absicht haben, auf die mächtige Waffe des Generalstreits zu verzichten. Im Gegenteil.

Den deutschen Sozialisten sagen wir, daß die Lage der Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern verschieden ist, und demzufolge muß auch die Taktik differieren. Wenn der Generalstreit in einem ausgebreteten Lande wie Deutschland oder Frankreich schwierig oder gar unmöglich ist, so ist er dagegen ausführbar, ja sogar leicht zu organisieren in einem kleinen, industriellen, dicht bevölkerten Lande, wie Belgien. Die letzten Ereignisse haben diese Thatsache klar bewiesen. Ist es vielleicht nicht wunderbar, im Zeitraume von nur 3 Tagen 350000 Streikende, auf ein einfaches Wort hin, ohne jede Vorbereitung, auf die Beine zu bringen? Die belgische Arbeiterschaft ist plötzlich zum Bewußtsein ihrer Stärke gekommen, die sie bis dahin nicht gesann hatte. Trotz der Prahserien der liberalen Presse hat die Bourgeoisie und die Regierung einen Schlag bekommen, dem sie sich nicht oft mehr aussehen werden. Darum wird der Generalstreit eines unserer Aktionsmittel bleiben. Aber wenn wir ihn nochmals entfesseln, wird er vorbereitet sein und zwar von weiter Hand her, die Kassen der Gewerkschaften werden dann nicht leer sein, die Arbeiter werden Munition haben und werden es länger als nur einige Tage aushalten können. Wir sind weder abgeschlachtet noch entmutigt; mit uns ist man noch nicht fertig. Wir besitzen noch die Mittel, unseren

Feind gittern zu lassen, und das nächste Mal werden wir ihn an seiner einzigen verwundbaren Stelle treffen; seiner Kasse.

Um Verbreitung wird gebeten.

Aus Charleroi wird uns berichtet:

Charleroi, 28. April. In der Generalratssitzung der Arbeiterpartei vom 20. April hatten die Abgeordneten Gavot, Leonhard, Gaelinvoort, Bastin und Furnemont für die Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt. Die sozialistische Vereinigung von Charleroi wurde in der Generalratssitzung durch den Deputierten Bastin vertreten. Gestern nun wurde in einer seitens der genannten Vereinigung abgehaltenen Versammlung der Delegierte desavouiert, da er, obgleich er ein anderblautenes Mandat erhalten hatte, für die Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt hatte. Die Vereinigung stimmte außerdem folgender Tagesordnung zu:

Dem Protest gegen den Beschluss des Generalsrats.

Der Beauftragung seines Büros, ein Projekt für die Reform des Generalsrats auszuarbeiten.

Dem Wunsch, daß die Arbeiterpartei eine ausschließlich sozialistische Politik praktiziere und sich von jeder Allianz der bürgerlichen Parteien zu emanzipieren.

## Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

### Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 30. April. Im Reichstage wurden heute nach rascher Erledigung einiger kleiner Vorlagen zunächst Wahlprüfungen vorgenommen. Er wurde u. a. die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Grünberg für Döbeln-Rosswinkel debattlos für gültig erklärt; dagegen beschloß man, Beweiserhebungen über die Wahlen der Nationalliberalen Priere im übriglichen Stimm und Sieg im Graudenzier Wahlkreise vornehmen zu lassen.

Dann wurde die Novelle zum Servitistarif in zweiter Lesung nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Es wird danach von allen Aenderungen der Ortsklassen Abstand genommen und nur die Servitoklasse V mit der Klasse IV verschmolzen. Im übrigen wird die Regelung der Frage bis zum Jahre 1904 hinausgeschoben. Es soll dann neben der Revision der Klasseneinteilung für das Servit eine besondere Klasseneinteilung für den Wohnungsgeldzuschuß erfolgen. Ein freisinniger Antrag, der die von der Regierung beantragten Aenderungen der Ortsklassen schon jetzt vornehmen will, aber unter Beschränkung auf den Wohnungsgeldzuschuß, wurde abgelehnt. Genosse Bubel kritisierte scharf die Thätigkeit der Kommission, die eine eingehende Prüfung der Materie einfach abgelehnt und die zahlreichen Petitionen einfach in den Papierkorb geworfen habe.

Zum Schluss der Sitzung teilte Präsident Graf Valdström mit, daß er für nächsten Montag die Brüsseler Zuckerkonvention und die Budersteurnovelle zur ersten Lesung zu stellen gedenke. Diese Ansicht machte den Führer der Reichspartei, Herrn v. Kardorff, nervös. Seine agrarischen Freunde sehen bekanntlich der Heraushebung der Verbrauchssteuern für Zucker und der Aufhebung der Exportprämien mit Bittern und Bagen entgegen, und so verlangte er denn in aufgeregtem Tone, es sollten doch lieber andere, Gegenstände vor der Budersteurnovelle, etwa die den Agrarbau so sehr am Herzen liegende Branntweinsteuernovelle, auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Dänen nahmen diese Summung mit dem gebührenden Hohn auf, und der Präsident erklärte lächelnd, Herr v. Kardorff könne seinen Widerspruch ja am Sonnabend, wenn die Tagesordnung für Montag verkündet werde, vorbringen. Damit mußte sich der geflügelte Herr vorläufig zufrieden geben.

Morgen ist Schwerinstag: es wird über den Antrag Rickerts zur Sicherung des Wahlgeheimnisses und der sogenannte „Toleranzantrag“ des Centrums verhandelt werden.

B. Berlin, 1. Mai. Der Reichstag bot am heutigen Schwerinstag, obwohl unsere Genossen der Maifeier wegen nicht sehr zahlreich erschienen waren, das erfreuliche Bild eines beschlußfähigen Hauses. Das Centrum hatte, da außer dem Antrag Rickerts zur Sicherung des Wahlgeheimnisses noch der sogenannte Toleranzantrag zur Beratung stand, seine Männer aufgeboten und diese waren dem Stufe zu etwa 90 Prozent gefolgt. Die Debatte über den Wahlgesetzaantrag, der zur dritten Lesung stand, vollzog sich ziemlich rasch. Der neu gewählte dänische Abgeordnete Jessen erzählte von den in Schleswig üblichen Wahlpraktiken gegen die Dänen und legte zu aller Emsicht mit Punkten gekennzeichnete Stimmzettel auf den Tisch des Hauses. Die große Mehrheit des Hauses erklärte sich nochmals für den Antrag; nur die Rechte ließ durch die Herren v. Kardorff und Staudey verkünden, daß sie sich nach wie vor ablehnend verhalte.

Von verschiedenen Rednern wurde auf die Leere am Bundesratssitz hingewiesen. Preußen war nämlich gar nicht vertreten und in der ersten Zeit saß einsam und allein Herr v. Overhen, der Vertreter von Mecklenburg, da oben. Später gesellte sich zu ihm der sächsische Vertreter und noch ein Regierungsmann. Unser Genosse Ledebour machte den mit großer Heiterkeit aufgenommenen Vorschlag, den ihre Pflicht ver nachlässigen Bundeatschaftsmitgliedern die Diäten zu kürzen. Der Antrag selbst wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Von den meisten Rednern wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Bundesrat im Sommer Stellung dazu nehmen möchte, damit die Neuwahlen schon unter dem Zeichen von Wahlkampf und Wahlerräumen für die Wähler stattfinden können.

Darauf wurde die zweite Beratung des vom verstorbenen Abg. Dr. Lieber im November 1900 eingebrachten „Toleranzantrages“ des Centrums fortgesetzt. Zu dieser Beratung erschien Graf Posadowsky in Begleitung des bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Grafen Lärchenfeld am Bundesratssitz. § 1 des Antrages will die volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses sichern und Vereinigungen hierzu, sowie gemeinschaftliche Religionsübungen gestatten. Die Debatte verlief recht öde und artete schließlich in ein religiöses Gesänk zwischen dem reichsparteilichen Konistorialrat Dr. Stockmar und dem Centrumsjuristen Dr. Bachem aus. Beide Herren wiesen sich gegenseitig Intoleranz vor, und Herr Bachem konstruierte mit viel Gedagen eine Differenzierung zwischen dogmatischer und staatsbürglicher Toleranz. Eine heitere Episode ließerte der Antifaschist Dr. Vogel, der, mit einem riesigen Manuskript bewaffnet, einen großen philosophisch-historischen Vortrag über die religiösen Verhältnisse Deutschlands — abzulesen versuchte. Das ist bemerklich nach der Geschäftssordnung unstatthaft, und so versetzte denn auch Herr Vogel mittler in seinen fein ausge-

arbeiteten Tiraden dem Urteilspruch des Präsidenten, er möge reden, oder, wenn er das nicht kann, aufhören. Da warf Herr Vogel einen verzweifelten Blick zum Himmel, suchte dann seine Blätter zusammen und verließ unter schallender Gelächter des Hauses die Rednertribüne.

Der § 1 wurde schließlich angenommen mit einem Zusatzantrag, wonach die allgemeinen volkssoliden Vorschriften der Bundegegesetzegebung über das Vereins- und Versammlungsrecht unberührt bleiben sollen. Kunert charakterisierte diesen Zusatz als eine Verschlechterung der ursprünglichen Fassung.

Morgen steht die Bölditäten-Vorlage zur zweiten Lesung. Wenn noch Zeit bleibt, soll darauf die heutige Beratung fortgesetzt werden.

### Aus dem preußischen Landtag.

H. Berlin, 1. Mai. Das Abgeordnetenhaus übertrug heute nach langerer Beratung den Antrag Dr. Graf Douglas (freikons.) und Genossen betreffend Maßnahmen gegen den unumstößlichen Alkoholgenuss an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Der Antrag enthält neben einer Reihe reaktionärer Bestimmungen, z. B. dem Verbot der Verbreitung von Branntwein vor 7 Uhr morgens im Sommer, vor 8 Uhr im Winter und dem Verbot der Verbreitung an Personen unter 16 Jahren oder an solche, die von der Polizeibehörde den Gast- und Schankwirten als Trunkenbolde bezeichnet sind, auch Bestimmungen, denen man beipflichten kann. So sollen auf Grund einer Erhebung durch geeignete Veröffentlichungen den weitesten Kreisen des Volkes die schädlichen Wirkungen des übertriebenen Alkoholgenusses auf die körperliche und geistige Gesundheit, die Nachkommen, die Erwerbstätigkeit, das Anwachsen der Verbrechen wie gegen den in den unteren zu Felde zu ziehen. Die höheren Gewichtspunkte liegen allerdings alle Redner außer Augen; ein einziger sucht auf die Wechselwirkung zwischen dem Alkoholismus und den wirtschaftlichen Verhältnissen hinzuweisen. Einen schwachen Anfang dazu macht allein der Abg. Wetekamp (freik. l.), der auf die schlechten Wohnungsverhältnisse als Ursache des Wirtschaftsbesuches hindeutet und mit Recht den Genuß von Schnaps auf die mangelhafte Ernährung der Arbeiterschaft zurückführt. Unzufrieden mit seinen Neuherungen hatte ihm der freikonservative Großindustrielle Vorster gegeben. Dieser Stummeling konnte es sich nicht verkneifen, selbst bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokratie zu verdächtigen. Nachdem er fühlte, daß die Befreiung des Volkes durch den Buchtartar weit geringer sei als die Belastung der Arbeitsbudgets durch den Alkoholgenuss, versteigerte sich zu der Niederträchtigkeit, die Sozialdemokratie als diejenige Partei hinzustellen, deren Führer die Trunksucht fördern, weil durch sie Armut und Unzufriedenheit erzeugt werden und weil die sozialdemokratischen Führer diesen Nördern brauchen. Demgegenüber war es für den Abg. Wetekamp ein leichtes, an der Hand der Statistik nachzuweisen, daß der Alkoholismus in demselben Maße abnimmt, wie die Arbeiterorganisationen anwachsen.

Die Debatte war interessanter, als gewöhnlich die Debatte in diesem Parlament sind. Man muß offen erkennen, daß die Redner, mit einer einzigen Ausnahme, bemüht waren, rein sachlich zu reden und in gleicher Weise gegen den Alkoholismus in den oberen Volkschichten wie gegen den in den unteren zu Felde zu ziehen. Die höheren Gewichtspunkte liegen allerdings alle Redner außer Augen; ein einziger sucht auf die Wechselwirkung zwischen dem Alkoholismus und den wirtschaftlichen Verhältnissen hinzuweisen. Einen schwachen Anfang dazu macht allein der Abg. Wetekamp (freik. l.), der auf die schlechten Wohnungsverhältnisse als Ursache des Wirtschaftsbesuches hindeutet und mit Recht den Genuß von Schnaps auf die mangelhafte Ernährung der Arbeiterschaft zurückführt. Unzufrieden mit seinen Neuherungen hatte ihm der freikonservative Großindustrielle Vorster gegeben. Dieser Stummeling konnte es sich nicht verkneifen, selbst bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokratie zu verdächtigen. Nachdem er fühlte, daß die Befreiung des Volkes durch den Buchtartar weit geringer sei als die Belastung der Arbeitsbudgets durch den Alkoholgenuss, versteigerte sich zu der Niederträchtigkeit, die Sozialdemokratie als diejenige Partei hinzustellen, deren Führer die Trunksucht fördern, weil durch sie Armut und Unzufriedenheit erzeugt werden und weil die sozialdemokratischen Führer diesen Nördern brauchen. Demgegenüber war es für den Abg. Wetekamp ein leichtes, an der Hand der Statistik nachzuweisen, daß der Alkoholismus in demselben Maße abnimmt, wie die Arbeiterorganisationen anwachsen.

Die übrigen Redner, die Abgeordneten Dr. Dittrich (Centrum), Dr. Endemann (nationalliberal), Dr. Weihen (l.) und Graf v. Wartensleben (l.), die sich mit dem Antrage einverstanden erklärten, machten die üblichen Folgen des Alkoholismus zum Mittelpunkt ihrer Ausschreibungen, vor allem die Schädigung der Volksgesundheit, die Zunahme der Geisteskrankheiten und das Anwachsen der Kriminalität. Der Centrumsredner Dr. Dittrich mußte natürlich wieder die Kirche als Altheilmittel gegen den Alkoholismus anpreisen. Ein Zeichen von Selbsterkenntnis ist der Rat, den Graf v. Wartensleben seinen Kollegengenossen erteilt, den anderen Klassen mit gutem Beispiel vorzugehen.

Die freisinnigen Wetekamp und Ehlers wandten sich gegen den Vorschlag, die Polizei im Kampfe gegen den Alkohol zu Hilfe zu rufen, da polizeiliche Maßnahmen auf diesem Gebiete leicht zu Willkür ausarten könnten. Charakteristisch war es, daß der Vertreter des Ministers, Unterstaatssekretär v. Bischofshausen, gerade für den Polizeikampf gegen den Alkohol Stimmung zu machen suchte.

Morgen stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

### Die Ausstellung des Centralverbands der Industriellen.

Der Verein mit dem langen Namen macht alles. Zuletzt haben seine Matadoren, oben an der Kanonenkönig Krupp, in Düsseldorf eine Special-Industrieausstellung für Rheinland-Westfalen auf die Beine gestellt, und sämtliche Großindustrieträger im Reich und in Preußen sind gehorsamst herbeigeeilt, um das patriotische Werk zu verschönern. Nur Graf Posadowsky schlägt; seit der 12000 Mark-Affäre läßt er sich bei feierlichen Gelegenheiten im Gebiet der Industriemagnate von Rheinland-Westfalen nicht mehr sehen. Dagegen hat der deutsche Kronprinz der Ausstellung die Ehre gegeben.

Die Herren vom Centralverband fühlen sich in ihrer Heimat sehr zu Hause; ja sie geben sich als die Herren im Hause und begrüßen den erlauchten Hohenzollerproß als eine Art von Kollegen. Aehnlich wie jener reichsfreie Bauer, der einst Friedrich den Großen auf seinem Hof mit den Worten empfing: „Sie freuen sich, den berühmten König auf seinem Gebiet willkommen zu führen“, worauf der alte Friedrich erwiderte: „Sie begreifen sich also zwei Sonnen“. Die Industriekönige des Ruhrreviers haben das schöne Land unter sich aufgeteilt; sie ziehen daraus hundertfach größeren Tribut als der Monarch und der preußische Staat, und sie halten die dortige Arbeiterschaft in drückenderer Frohn und Hörigkeit als irgend ein mittler-alterlicher Feudalherz. Mit pomöpfer Prahlerei haben sie die Düsseldorfer Industrieausstellung ins Leben gerufen; weil ihnen die Pariser Weltausstellung nicht den nötigen Raum bot, wollen sie jetzt auf eigener Erde sich monumental entfalten. Und mit souveräner Sicherheit geben sie den Ton der Politik an, die auf ihrem Herrschaftsgebiet maßgebend ist, und sie lassen deutlich die Erwartung erkennen, daß man in Berlin diesen Ton aufnehmen und daß die Regierung ihr politisches Verhalten auf diesen Ton stimmen werde. Seit der Zusammenhang zwischen Buchausstellung und 12000 Mark-Affäre offenkundig geworden,

geben sich die Herren keine große Mühe mehr, das wahre Verhältnis zwischen dem Centralverband und der Berliner Regierung zu verhüllen. Der Vorsitzende des Ausstellungsausschusses Bieg gab diesem Gedanken in geheim-kommerziell-ratlicher Diplomatenprache mit den Worten Ausdruck:

"Unsere Herrn auf die Kraft unserer Staatsregierung vertrauen, mit Zuversicht eine glückliche Lösung im Sinne der vom Fürsten Bismarck mit großem Erfolge durchführten Politik des machtvollen Schuhholles erhoffen, dürfen wir in unserer Ausstellung die Mittel erblicken, das, wie kaum ein anderes, geeignet ist, den Landen die Bedecktheit unserer Leistungen vorzuführen und den Bestrebungen zur Hebung unserer Ausfuhr zu dienen."

Und Graf Villow fing den Ball auf, nachdem er in der Geschwindigkeit den "großen Königberger Westen-Kant" citiert und dem Lokalverein der "eisenreichen Westfalen" ein schriftliches Höflichkeitskompliment gemacht, mit den Worten:

"Was die Reichsverwaltung zu einer stetigen Entwicklung, zu einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung beitragen kann, das zu leisten sind wir nach besten Kräften bestrebt. Wir wissen, daß es das Ziel der Reichspolitik ist, auf der einen Seite die Handelskraft aus schwieriger Lage nachhaltig aufzubauen und damit zugleich den inländischen Warenabsatz zu steuern (Ernesto Bravo), auf der anderen Seite der deutschen Industrie-Arbeit vertragsgünstige Rücksichten für ungehörte Ausfuhr ihrer Erzeugnisse zu wahren (Reichsgericht Befall). Deshalb sind die verbündeten Regierungen in der Tarifvorlage in betrifft erheblicher Pöllerhübungen für Gararprodukte bis an die Grenze des mit dem Abschluss langfristiger Handelsverträge noch zu vereinbaren begonnen, aber auch nicht weiter. (Stürmischer Beifall und Bravos!)"

Das ist das Programm der Sammlungspolitik in Festausgabe, Robinettformat und in Goldblatt. Es ist natürlich, zu wissen, wo die Sammlungspolitik eigentlich zu Hause ist. Im Jahre 1897 ist sie in dieser Gegend geboren worden; bei der Einweihung der Münchner Brücke hat Herr v. Miquel die Parole ausgesetzt, um sie wenige Tage nachher im preußischen Abgeordnetenhaus in der Sitzung zu wiederholen, die über das Schidat des "kleinen Sozialistenstaates" entschied. Damals konnte die Arbeiterschaft sehen, wobin die Reise der Sammlungspolitik geht. Wenn diese Demonstration jetzt wiederholt wird, so ist das nur verdienstlich; die Herren im Hause des Centralverbands können das Geheimnis der Sammlungspolitik nicht oft genug verraten.

\* Berlin, 2. Mai. Das Schreiben der Herren Richter und Langhans an die Städte zur Beschilderung der Einspruchsvorlesung gegen die Getreidezollvorlage lautet:

Auf unser Schreiben vom 6. November, in welchem wir auf die schweren Schädigungen der städtischen Bewohnerchaften im Hause der Annahme des dem Reichstag unterbreiteten Zolltarifentwurfs hingewiesen, haben Sie sich bereit erklärt, an einer Kundgebung von Mitgliedern städtischer Verwaltungen gegen den Entwurf teilzunehmen. Inzwischen hat die Kommission des Reichstags beschlossen, deren schlechliche Verwirklichung die für die Städte drohenden Gefahren ins Ungemessene steigern würden. Die Tariffälle für die notwendigen Lebensmittel und für eine Reihe wichtiger Verbrauchsgegenstände der städtischen Gewerbe sind noch erhöht worden. Durch die in der Kommission angenommenen Bestimmungen über die Einführung von Ursprungszertifikaten ist die Möglichkeit von Kriegsgefechten in naher Nähe gerügt; die Haltung der Mehrheit gegenüber den entstehenden Transitlagern bedroht den Handel zahlreicher Kommunen und die für ihn geschaffenen Einrichtungen mit der Vernichtung. Nach allem halten wir den Zeitpunkt für die geplante Kundgebung nunmehr für gekommen, und beanspruchen, die Versammlung auf einen Tag zwischen Ostern und Pfingsten einzuberufen.

In der Stadtverordnetenversammlung gab der Kämmerer Maasch eine Ansicht über die Unterschlagungen bei der städtischen Sparkasse ab. Werkmeister hat danach 25400 und Ulrich 24000 M. unterschlagen. Der Kämmerer schilderte die Art der Buchführung, wie sie bei der Sparkasse gebraucht wird, als die deutlich beste, die von vielen Kommunen nachgeahmt werde. Trotzdem habe das Konsistorium der Sparkasse sofort eingehend weitere Sicherheitsmaßnahmen beraten. Er bitte, sich vorerst mit diesen Mitteilungen zu begnügen, da der Magistrat später nochmals, wenn es sich um die Deckung der Summen handle, an die Stadtverordneten herantrete müsse.

Die Nationalzeitung meldet, der Gouverneur von Deutsch-Neuguinea v. Beningen, der aus Gesundheitsgründen demissioniere, werde in die Verwaltung einer der großen deutsch-ostasiatischen Kolonialgesellschaften eintreten.

**Der Diktatenantrag in der Budgetkommission.** Die Budgetkommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über die Diktate für die Zolltarifkommission. In der Generaldiskussion stellte zunächst Abg. Dr. Barth (freiz. Bg.) den prinzipiellen Antrag, über die Vorlage nicht eher zu verhandeln, als bis der Bundesrat sich zu dem vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommenen Antrag Gröber auf allgemeine Diktate offiziell geäußert habe. In einer längeren Debatte wurde der Antrag Barth von der Mehrheit als nicht geschäftsordnungsmäßig bezeichnet, weil das Plenum die Kommission mit der bestimmten Aufgabe betraut habe, den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf betr. die geschäftliche Behandlung des Zolltariffs zu beraten.

Abg. Richter (freiz. Bg.) griff nun den Antrag Barth wieder auf, indem er vorschlug, diesen dem Plenum als Resolution vorzuschlagen. Da dieser Vorschlag geschäftsordnungsmäßig sei, wurde von keiner Seite bestritten. Beide Anträge aber wurden gegen die 8 Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der Antisemiten abgelehnt.

In der Spezialdiskussion stellte der Abg. Bebel (Soz.) den Antrag, an Stelle der Regierungsvorlage die folgenden beiden Paragraphen zu setzen:

§ 1. Der Artikel 82 der Verfassung des deutschen Reichs (betreffend Reichstagsmitgliedern verbietet, als solche eine Besoldung oder Entschädigung zu beziehen), wird aufgehoben. An dessen Stelle tritt § 2 des gegenwärtigen Gesetzes.

§ 2. Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichsmitteln, während der Legislaturperiode und zwar solange der Reichstag versammelt ist, sowie acht Tage vor Eröffnung und acht Tage nach Schluss desselben freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von 20 M. für den Tag. Der Anwesenheit in Berlin steht es gleich, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend zu sein.

Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstages in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtags für dieselbe Zeit bezieht.

Die näheren Bestimmungen erlässt der Präsident des Reichstages.

Diese Anträge entsprechen dem Wortlaut des Diktatenantrags Gröber.

Von der Linken wurde auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die die praktische Ausführung der Regierungsvorlage mit sich bringen würde. Das Pauschquantum wurde als zu

hoch bezeichnet. Es bedeute unter Umständen 50 M. Diktaten pro Sitzung. Abg. Richter (freiz. Bg.) stellte in Verfolg dieser Ansicht den Antrag, 20 M. pro Sitzung zu gewähren. Vom Abg. Bassermann (nat.-lib.) wurde der Antrag beantragt, daß hierauf die Diktaten der Mitglieder der Einzellaufage abzulehnen seien.

Je mehr die Beratung fortschreitet, desto größere Schwierigkeiten zeigten sich in Bezug auf die praktische Durchführung auch unter der Voraussetzung der Annahme der Anträge Richter und Bassermann. Wer sollte die Diktaten anwenden? Wenn sollen die Diktaten angewiesen werden? Die Verteilung des Pauschquantums würde namentlich dann schwierig sein, wenn der Antrag Bassermann, die Tagegelder der Einzellaufage abzuziehen, angenommen würde.

Abg. Stadthagen (Soz.) stellte den Antrag, die Vorlage erst mit dem Tage in Kraft treten zu lassen, an welchem der Antrag Gröber die verfassungsmäßige Zustimmung des Bundesrates gefunden haben werde. — Die Anträge der Linken wurden namentlich vom Centrum abgestraft bekämpft.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Bebel, die Vorlage durch den Antrag Gröber zu erheben, gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die freisinnige Volkspartei und der Antisemit. Abg. Dr. Barth erhält sich der Stimme. Mit derselben Majorität wurde der Antrag Stadthagen abgelehnt. Der Antrag Richter, 20 M. Anwesenheitsgelder pro Sitzung zu zahlen unter Abzug der Tagegelder der Einzellaufage, wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt; ebenso ein nachträglich gestellter Antrag Richter, in die Vorlage die Worte einzufügen "unter Abänderung des Artikels 82 der Verfassung".

Angenommen wurde ein Antrag Richter, dem Präsidenten die Bestimmungen über die Verteilung des Pauschquantums zu überlassen. Angenommen, mit 16 Stimmen wurde ein Antrag Bassermann, daß die Tagegelder, die die Mitglieder der Kommission als Mitglieder der Einzellaufage beziehen, von dem Pauschquantum abgezogen werden. Mit der gleichen Majorität angenommen wurde ein Antrag Bachem (Centr.), Bassermann (nat.-lib.), v. Tiedemann (Reichsp.), Graf Moon (cons.), das in der Regierungsvorlage vorgesehene Pauschquantum von 2400 M. auf 2000 M. herabzusetzen.

Mit dem mündlichen Referat an das Plenum wurde der Abg. v. Tiedemann (Reichsp.) betraut. Die nächste Sitzung wurde auf Wunsch der Sozialdemokraten auf Freitag abgezählt.

**Schließlich nehmen die Kerls das Geld ja doch!** Diese lapidare Worte hat nach der Frankfurter Zeitung, deren Berliner Korrespondent sich bekanntlich gewisser intimer Beziehungen zu "maßgebenden" Kreisen rühmt, ein Staatsminister in einer politischen Unterhaltung ausgesprochen. Das Wort ist eine wertvolle Bereicherung der politischen Nomenklatur; man war längst in Verlegenheit, wie man die Herren Reichsboten mit einem fernig germanischen Kennwort treffen sollte. Die Mitglieder des Reichstages werden in diesen vertraulichen Gesprächen mit dem burlesken Krautsatz "die Kerls" bezeichnet. Das Wort ist ein Kunstausdruck der Kaserne, genauer des Kasinos; da heißen — frei nach dem bekannten Fabrikanten von Militärhumoresken, Freiherr v. Schlicht, — die Unteroffiziere und Mannschaften "die Kerls" und die Dienstmannschaft "die Herren Kerls". Der Mensch fängt dort erst beim Herrn Hauptmann an. Der Kaserne und Stabsjargon hat in neuerer Zeit politischen Kurs bekommen. Es ist nur interessant, wahrzunehmen, woher die maßgebenden Kreise ihr politisches Denken und dessen Ausdrucksweise beziehen. Bugleich ist jedoch der citierte Ausspruch ein schäzenwerter Beitrag zur politischen Psychologie. Er zeigt, wie glänzend bezahlte Großwürdenträger, die sich ihr Gehalt in langen Debatten von den "Kerls" bewilligen lassen und dabei meist selber sehr unangenehme Wahrheiten von denselben "Kerls" einstecken müssen, in ihres Herzens tiefstem Grunde, da wo bei ihnen — nach Posadowsky — der "kategorische Imperativ der Pflicht" sitzt, von den Gehaltsverwülligern und deren Arbeitsleistung denken. Herren v. Posadowsky und seinesgleichen hindert der "kategorische Imperativ der Pflicht" nicht, ihr sauer verdientes Gehalt von 24000 M. alljährlich einzustreichen; aber die Reichsboten sollen so viel Idealismus und Pflichtgefühl besitzen, um auf eigene Kosten in dem teuren Berlin zu leben und den Ministern ihr Gehalt und dem Militarismus seine Millionen zu verwöhnen. Dafür sind eben die letzteren die "Kerls", und die Herren am Bundesratlich . . . nun, die gehorchen dem kategorischen Imperativ der Pflicht".

Maisseler-Schau legte am Mittwoch die Zolltarifkommission an den Tag. Während die Petitionskommission und die Budgetkommission den Antrag stillgaben, am 1. Mai keine Sitzung abzuhalten, lehnte die Zollkommission den gleichen Antrag mit Orientierung ab. Kaum war der Antrag gestellt, so wurde der Vorsitzende — der berühmte Mecklenburger Metzlich — unterstoß im Gesicht, fuhr in die Höhe und plädierte in nervöser Hast für Ablehnung des Antrages. Die Abgeordneten des freien Centrums, die sonst für jede Besitznahme verlangen und bewilligt bekommen, stimmten gegen den Antrag. Aber nur die Centrumsteile der Zollkommission sind maisselerisch; die der Budgetkommission stimmten für die Freigabe des 1. Mai. Sogar drei von den vier Freisinnigen stimmten gegen den Antrag. Auch diese Abstimmung ist ein Zeichen, daß in der Zollkommission die ausgewähltesten Arbeitgeber der bürgerlichen Parteien sitzen. Die Herren können nicht schnell genug mit der Steuerlast fertig werden, die sie der arbeitenden Bevölkerung aufzuhallen gedenken.

**Der erste Mai als parlamentarischer Feiertag.** Das Berliner Tageblatt ist mit seiner edlen, lauten Entrüstung über den parlamentarischen Streit zweier Kommissionen am 1. Mai zuerst gelungen. Darob klopft dem geschäftigen Mosse-Blatt die Kreuzzeitung belobigend auf die Schulter und bedauert nur, daß der Knabe Leyhohn nicht alle Tage so brav ist. Das Tageblatt läßt sich die seltsame Gunst der Kreuzzeitung gerne gefallen, wie ein Allerwelts-Straßen-Werber die Gesellschaft einer aristokratischen Doge, und es läßt sich auch dadurch nicht die Faune verderben, daß noch der rupige und nicht immer ganz rubenreine Herr Oertel gerannt kommt und ein endloses Geläute über die Aumöning der Sozialdemokraten im Reichstag erhebt. Es wird gut sein, wenn man sich für die Zukunft das schöne Trio im Gedächtnis behält. Herr Mosse, Herr v. Kropatsch und Herr Oertel — auch sie repräsentieren ein Stück "Sammlungspolitik".

Zu der Affäre Kauffmann weist nun auch der Berliner Volksanzeiger die Unterstellungen der Berliner Presse und Centrumspresse zurück und hält seine Mitteilungen über die Unterredung mit Kauffmann in Friedrichroda materiell und formell vollinhaltlich aufrecht. Auch der Korrespondent des Volksanzeigers kam auf Grund seiner Rücksprache mit Kauff-

manns Arzt versichern, daß Kauffmann keineswegs frank sei und daß überhaupt keinerlei Bedenken für den Gesundheitszustand Kauffmanns bestehen. Das ist weiter keine Neugier, auch nicht für die Berliner Presse, und konsequentweise unterläßt es diese Presse auch, von dieser alten Sache ihren Lesern Kenntnis zu geben.

**Zur Stichwahl in Celle-Gishorn-Beine** gibt das sozialdemokratische Wahlkomitee die Parole der Stimmenthaltung aus. Der Aufruf wird damit begründet, daß das Eintreten des wählenden Kandidaten für erhöhte Viehzölle eine Unterstützung dieser Kandidatur durch die Sozialdemokratie ausschließe und daß der nationalsozialistische Regierungsmann für die Partei überhaupt nicht in Frage kommen könne. — War nicht anders zu erwarten!

Da die Konservativen und Blinder für den Nationalsozialisten eintreten werden, so dürfte dessen Sieg in der Stichwahl gesichert sein.

**Kasernekrankheiten.** Unter bedeutsamen Erscheinungen erkrankt sind Mannschaften des Eisenbahnregiments I, welche zur Vorbereitung von Übungsbauten nach Klausdorf kommandiert waren. Es handelt sich um epidemische Gonorrhöe, der bereits, obgleich die Krankheit leichter als gewöhnlich auftritt, ein Mann erlegen sein soll. Die sechste Compagnie hat Isolierbaracken beziehen müssen, um eine weitere Infektion von Truppenteilen möglichst zu vermeiden. Ob die während der Winternatale zu sehr durchgefahrene Kaserne, welche die sechste Compagnie bezogen hat, das Wasser der bei derselben errichteten Tiefbrunnen oder mangelhafte Klosettensanlagen die Ursache der geschilderten Erkrankungen ist, wird erst durch die sofort eingesetzten sanitären Untersuchungen festgestellt werden müssen. Die Isolierung der sechsten Compagnie ist sehr streng, um eine Verschleppung des Krankheitserregers, wenn irgend möglich, zu verhindern.

**d. Stühlen der Gesellschaft.** Beim Geldsack hört der Patriotismus auf und Steuerzahlen ist der Uebel größtes, auch für die edelsten Stühlen der göttlichen Weltordnung. Das dem so ist, davon hat der Landrat des Kreises Münster so viele Beweise erhalten, daß er sich zu einer gehörnierten Bekanntmachung an die Steuerscheine entschloß. In der öffentlichen Bekanntmachung heißt es u. a.:

"Bei eingehender Prüfung der diesjährigen Steuererklärungen hat sich herausgestellt, daß in ungewöhnlich vielen Fällen die Steuerzahlen wesentlich unvollständige und unwahre Angaben über ihr Einkommen gemacht haben und daß diese unwahren Angaben häufig sich über eine ganze Reihe von Jahren erstrecken."

Der Landrat weist dann darauf hin, daß die Verfolgung der Angelegenheit unter Zuspruchnahme der ordentlichen Gerichte durchgeführt werde. Man ist dabei wohl der Ansicht, daß, wenn alle Steuerblitzer vor die Gerichte gestellt würden, die zu leistende Arbeit nicht zu bewältigen sein werde. Der Landrat ersucht daher diejenigen Patrioten, welche unwahre Angaben gemacht haben, und gegen welche das formelle Ermittlungsverfahren noch nicht eröffnet ist, schenkt ihre Steuerdeklarationen zu korrigieren, da sie dann laut § 66 des Einkommensteuergesetzes straffrei bleiben. Die Bekanntmachung endet mit folgender Mahnung: "Bei der Häufigkeit der Fälle bin ich nach Einführung der Untersuchung geneigt, auf Festsetzung der allerempfindlichsten Strafen hinzuwirken."

**Alte politische Nachrichten.** Brissac, welcher im 10. Pariser Arrondissement zur Stichwahl steht, hat das Anerbieten des Komitees der radikalen Vereinigung vom Arrondissement de l'Orléans (Orléans), dort zu kandidieren, angenommen. Sämtliche dort aufgestellten republikanischen Kandidaten treten zu seinen Gunsten zurück. — Die Erhebung gegen den Präsidenten der dominikanischen Republik Jimenes greift schnell weiter um sich. Nach Puerto-Rico sind Verstärkungen abgegangen, auch Santa Domingo ist bedroht. Die Regierung von Halt läßt dem Präsidenten Jimenes Waffen und Munition zukommen. Die Lage wird für sehr ernst angesehen.

### Großbritannien.

**Der Schiffstrafstrafe.** Im englischen Unterhause suchte der Abg. Woodhouse (cons.) am 1. Mai die Aufmerksamkeit auf die Bildung der amerikanischen Schiffsombination, welche die Kontrolle des nordatlantischen Handelsverkehrs bezieht, und auf ihre Wirkung auf die britischen Schiffsahrs- und Handelsinteressen zu lenken. Er sei nicht von Uebelwollen gegen Amerika beleidet, aber er wünsche die Ansichten der Regierung kennen zu lernen, welche, wenn sie zeige, daß sie sich der Angelegenheit ver gegenwärtige, die Vergnügungen des Publikums abschwächen würde. Er bestreite, daß die Ursache des Erfolges der Amerikaner ein Mangel an Energie auf Seiten der britischen Kaufleute sei und daß die Überlegenheit Englands auf industriellem Gebiet ihr Schwinden sei.

Gibson Bowles (cons.) unterstellt den Antrag und erklärt, daß der britische Handelsverkehr, welcher das Rückgrat von Englands Wohlstand bildet, durch die Kombination bedroht werde.

Bowson entgegnet, eine Erörterung des Antrages könne keinerlei nützenbringende Ergebnisse haben. Die Aufmerksamkeit der Regierung sei schon Wochen hindurch scharf auf die Angelegenheit gerichtet gewesen. Die Regierung habe auch weitgehende Informationen darüber, eine Debatte darüber werde aber diesem Stadium ein großer Fehler sein. Während der drei Jahre, für welche der von der Admiraltät abgeschlossene Subventionsvertrag mit gewissen in die Kombination einbezogenen Schiffen noch Gültigkeit habe, habe die Admiraltät Zeit, in Erwiderung zu ziehen, ob sie mit Bezug auf die Handelskreuzer oder die Erzgängen der Kriegsmarine auf irgend einem anderen Wege neue Vorkehrungen treffen solle. Was die Wirkung der Kombination auf die Handelsfahrt angehe, so siehe England da mit Problemen gegenüber, die nicht nur ihrem Charakter nach neu, sondern auch von der größten Schwierigkeit und Verwickeltheit seien. Man müsse bedenken, daß es sich hier nicht um ein kommerzielles von einer feindlich gesinnten auswärtigen Regierung durchgeführtes Unternehmen handle, sondern um eine Kombination des Handelsverkehrs. Diejenigen, welche glaubten, daß diese Kombination den Handel Großbritanniens so stark bedrohe, daß sich die Regierung ins Mittel legen solle, gäben dadurch zu, daß die Doktrin von dem privaten Unternehmungsgeist verfrage. (1) Es könnte aber niemand erwarten, daß die Regierung sich über eine Abwendung von der althergebrachten Politik des Landes erklären werde, ohne daß eine langdauernde und eingehende Prüfung der Angelegenheit stattgefunden hätte und ohne daß sie das Problem von jeder Seite aus in Erwägung gezogen hätte.

Nach längerer Debatte, in deren Verlauf Lord Veresford sich für Schaffung von Konkurrenzlinien nach Canada ausspricht, zieht Woodhouse seinen Antrag zurück.

Hierzu drei Beilagen,

Nur kurze Zeit!  
Schluss am  
27. Mai abends.

Nur kurze Zeit!  
Schluss am  
27. Mai abends.

# Schleuniger

## Total-Ausverkauf

des gesamten Warenlagers fertiger Herren-Kleider

**Reichs-Str. 12 Erste Etage Reichs-Str. 12.**

Wie so manches grosse Geschäftsuntemehmen in letzter Zeit, so ist auch das bedeutende Herren-Garderoben-Etablissement in der Reichsstraße 12 nicht verschont geblieben und in Zahlungsschwierigkeiten geraten und soll nunmehr, laut Beschluss, das ganze Geschäft aufgelöst und die ganz enormen Vorräte fertiger Kleider, wie die gesamte Geschäfts-Einrichtung ~~zu~~ in schnellster Zeit ~~zu~~ zu Gelde gemacht und die innehabenden, großen Verkaufsräume alsbald vermietet werden.

Es sollen im einzelnen gegen bare Zahlung ausverkauft werden:

Ein Posten Herren-Anzüge jetzt zum herabgesetzten Spottpreis . . . . .	nur Mf. 5 an.
Eine Partie hochseine Anzüge jetzt zum herabgesetzten Spottpreis . . . . .	nur Mf. 10 an.
Eine Partie Nouveauté-Überzicher, alle Façons, zum halben Preis . . . . .	nur Mf. 13 an.
Eine Partie Beinkleider, in allen Mustern, jetzt herabgesetzt . . . . .	nur Mf. 2 an.
Ein Posten eleganter Beinkleider, in Niesen-Auswahl, zum Spottpreis . . . . .	nur Mf. 3 an.
Ein Posten Saison-Beinkleider, in diversen Façons . . . . .	nur Mf. 5 an.
<del>zu</del> Eine Partie hochseine Salon- u. Gesellschafts-Anzüge zum Spottpreis jetzt nur Mf. 15 an.	
Ein Posten einzelner Herren-Jackets in großer Auswahl . . . . .	nur Mf. 3 an.
Eine Partie prima Herren-Jackets, elegante Sachen darunter . . . . .	nur Mf. 5 an.
Ein Posten Burschen- und Jünglings-Anzüge in allen Farben . . . . .	jetzt nur Mf. 3 an.
Eine Partie Jünglings-Anzüge, elegant und chic, in schönsten Farben . . . . .	jetzt nur Mf. 5 an.
Eine Partie Modell-Knaben-Anzüge, prachtvolle Stücke darunter . . . . .	nur Mf. 2 an.

Die Winterwaren, bestehend in Überziehern, Joppen, Schlafröcken u. s. w., enorm billig, zu Aktionspreisen. Durch diese eingetretenen Verhältnisse bietet sich dem p. Publikum eine höchst seltene Einkaufsgelegenheit, für nur ganz wenig Geld sich mit Garderoben zu versehen. Es wird eigens darauf hingewiesen, dass es sich hier einzig darum handelt

**unbedingt bis zum 27. Mai abends**

sämtliche laut Aufnahme vom 25. April bestehenden Vorräte auszuverkaufen. Die Geschäfts-Einrichtung, bestehend in Regalen, Leitern, Spiegeln, Tischen, Bügeln, Ständern und Figuren u. s. w., wird billig abgegeben.

Die innehabende Etage  
ist billig  
zu vermieten!

Bei Einkäufen von Mf. 15.— an wird  
jedem Käufer bis 20 Kilometer Ent-  
fernung die Fahrkarte dritter Klasse  
an der Kasse zurückvergütet.

Reichs-Str. 12  
Erste Etage.  
Nur kurze Zeit!

# 1. Beilage zu Nr. 99 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 2. Mai 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

## Russland.

Die Rache der Regierung. — Geheimdruckerei. — Propaganda im Theater.

Der Matin meldet aus Petersburg: Der Mörder Sibiryagins ist zum Tode verurteilt worden und wird am 8. Mai in Anwesenheit weniger Bewege gehext werden. Über die Identität des Mörders ist man noch immer im Unklaren. Es soll sich um einen Offizier handeln, nicht um einen Studenten. Dies erkläre auch das strenge Stillschweigen der Polizei und deren Verhalten in der Sache.

Als einziger Mitschuldiger ist der Kutscher des Wagens, welcher vor dem Reichstagsgebäude vorfuhr, verhaftet.

Nach Privatmelddungen aus Warschau hob die dortige Polizei die Geheimdruckerei des jüdisch-socialistischen Arbeiterbundes auf. Außerdem fanden in den letzten Tagen nenerliche Arbeiterdemonstrationen statt, weshalb die Anlagen um den Kaiserlichen Palast bis zum 5. Mai vollständig abgesperrt worden sind.

Nach Petersburger Privatmelddungen wurde während der Vorstellung im Marientheater ein Ballon von der Galerie losgelassen, auf welchem sich mit großen Buchstaben die Inschrift befand: „Nieder mit dem Absolutismus, nieders mit den Romanoff!“ Der Ballon schwieg während der ganzen Vorstellung hoch an der Decke und konnte erst nach Schluss des Theaters entfernt werden.

## Soziale Rundschau.

### Sozialpolitisch.

-ek- Erschöpfliche Lehrlingsauddeuter. Nach norwegischen Gesetzen sind die Lehrmeister nicht allein verpflichtet, dem Lehrling eine gute Ausbildung zu teilen werden zu lassen, sondern sie können auch zur Erstattung des Schadens verurteilt werden, den sie einem Lehrling durch Vernachlässigung ihrer Pflichten zufügen, falls der Lehrling innerhalb sechs Wochen nach beendeter Lehrzeit solche Ausprüche vor dem Handwerksgericht (Gewerbegericht) gestellt macht. Das, was in den verschiedenen Gewerben der Lehrling unter anderem lernen muß, um die gesetzgemäße Gesellenprüfung ablegen zu können, ist in einem „Plakat“ vom 11. September 1901 festgelegt.

Kürzlich wurde von dem Handwerksgericht in Christiania ein Buchbindemeister verurteilt, an einen Lehrling 80 Kronen Schadensatz zu zahlen. Für das Buchbindergewerbe sind Handvergolder und Goldschnitten machen diejenigen Arbeiten, die das „Plakat“ für die Gesellenprüfung vorschreibt. Der Meister hatte es verabsäumt, den Lehrling in diesen Arbeiten zu unterweisen, trotzdem er wiederholt durch den Lehrling und dessen Vater darum erucht worden war.

### Gewerkschaftliches.

Hafenarbeiterstreik. Der Beschluss des Arbeiterverbandes, wonach die Hafenarbeiter und Seeleute auf den Schiffen des Vereins der Dampfschiffahrtseereien in allen dänischen Häfen die Arbeit einzustellen sollen, ist am 1. Mai in Kraft getreten; jedoch weigerten sich heute die Hafenarbeiter in dem für die Ausfahrt landwirtschaftlicher Produkte wichtigsten Hafen Ebbjerg die Arbeit niederzulegen. Im Kopenhagener Freihafen haben die Mitglieder des Arbeiterfachverbandes jede Arbeit eingestellt, weil die Direktion die teilweise, sich nur auf die Schiffe des Röhrevereins erstreckende Arbeitsniederlegung nicht dulden wollte.

Malerstreik. Die Maler und Anstreicher in Posen hatten ihren Meistern Anfang Februar einen Lohntarif eingerichtet. Zur Antwort sperrte Meister Petersen seine sämtlichen Gehilfen aus, die mit einer vorgeschlagenen Verlängerung der Arbeitszeit nicht einverstanden waren. Die Mitglieder des Verbandes beschlossen, die Anerkennung des eingereichten Lohntarifs zu fordern und bei Nichtanerkennung die Arbeit am 3. Mai einzustellen. Die Maler und Anstreicher gehören zu 90 Prozent der Organisation an. Es wird gebeten, Zugang zu vermeiden.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Eine Zolldebatte gab es am Mittwoch doch noch in der Zweiten Kammer des Landtags, und zwar genau in demselben Rahmen, den die Deutsche Tageszeitung vorher angegeben hatte. Die Leipziger Zeitung, die bekanntlich gegenüber dem Dertelsblatt keine Risse wolle, daß eine erneute Anpassung der Regierung wegen des Zolltariffs von den Agrarier nicht geplant sei, hat nicht Recht behalten. Bei dem Kapitel des Ministeriums des Innern schritt der agrarische Abg. Steiger die Frage an. Er halte es, sagte er, für seine Pflicht, noch einmal auf die kritische Lage in der Landwirtschaft zurückzukommen; ein Zolltarif von 7,50 Mr. sei mindestens notwendig, um der Landwirtschaft aufzuholen. Die sächsische Regierung zeige aber keine Neigung, über die unzureichenden Zollsätze der Regierungsvorlage hinauszugehen. Er sei überzeugt, daß die Regierung der Land-

wirtschaft den Zollschutz nicht angedeihen lassen wolle, den sie brauche. Deshalb hätten auch die Agrarier kein Vertrauen zur Regierung. Die Regierungspresse warf der agrarischen Heißsporn ohne weiteres in einen Topf mit der gegenwärtigen Presse. Der Abg. Steiger wurde von anderen nötselnden Verfassungsgegnern in dem Verlangen nach höheren Zöllen unterstützt. Doch regte sich selbst in konservativen Kreisen Widerspruch gegen den neuen agrarischen Vorstoß. Der Abg. Behrens bezeichnete die Aktion als bedauerlich und vollständig zwecklos. Die Antwort des Ministers aber war alles nur nicht entschieden gegenüber dem Ton, den der Abg. Steiger angeschlagen hatte. Er bestätigte sich, daß die Agrarier so offen erklärten, daß das Vertrauen der Landwirte zur Regierung immer mehr schwinden müsse. Es könne die Regierung nicht angenehm berühren, wenn von „so geschäftiger“ Seite derartige Erklärungen kämen. Im übrigen versicherte er, daß die Regierung die Not der Agrarier wohl zu würdigen wisse — Herr v. Melsch erklärte sogar, daß er selbst diese Not am eigenen Leibe spüre — daß aber mit Rücksicht auf die übrigen wirtschaftlichen Interessengruppen die Gewährung höherer Zollsätze nicht möglich sei. Die Erklärung des Ministers stand bei den Nationalliberalen lebhaft Anklammlung. Die Agrarier waren natürlich nicht davon befreit, aber sie haben durch die erneute Zolldebatte und durch die Art, wie sie sie führten, gezeigt, was ihnen die Regierung ist. Die Agrarier, die nur eine Minderheit des Landes ausmachen, sind durch das Massenwahlrecht die tonangebenden Herren im Lande geworden. Und da ist es kein Wunder, wenn sie die Regierung so von oben herab behandeln.

Die Minderjährigenbestimmung war am Mittwoch im Landtag Gegenstand einer kurzen, aber interessanten Diskussion in der Zweiten Kammer. Der Abg. Gontard brachte einige Fälle zur Sprache, die in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden waren und die nach seiner Meinung eine ungerechtfertigte Auslegung der Minderjährigenbestimmung waren. In dem einen Falle war z. B. eine Versammlung verboten worden, weil die Fenster des Versammlungsorts offen standen und dadurch die Gesetze herausbeschworen waren. Minderjährige an der Versammlung teilnehmen zu lassen. Minister v. Melsch rechtfertigte diese Maßnahme und versicherte im übrigen, daß die mit der Minderjährigenbestimmung gemachten Erfahrungen vorwiegend gute seien. Im Sinne der Schöpfer der Minderjährigenbestimmung hat der Minister allerdings recht. Er hat Grund zufrieden zu sein, denn die Befürchtungen, die die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Zweiten Kammer bei der Veratung dieser Bestimmung gehabt haben, haben sich nur zu sehr erfüllt. Durch die Minderjährigenbestimmung ist erreicht, daß die Minderjährigen nicht nur aus den politischen Versammlungen ferngehalten werden, sondern auch, daß durch Erklärung gewerkschaftlicher Versammlungen zu politischen den Minderjährigen das ihnen geistlich gewährleistete Koalitionsrecht vielfach illusorisch gemacht worden ist. Von dieser Wirkung der Minderjährigenbestimmung hat der Abg. Gontard nichts gehört, ihn wird deshalb auch wohl die Erklärung des Ministers befriedigt haben, daß die Minderjährigenbestimmung ihren Zweck erreicht hat. Was der Abg. Gontard rügt, waren Polizeiunruhen, wie sie von einer schwindigen und auf der Höhe ihrer Aufgabe stehenden Polizei aus jedem Paragraphen unseres Plakats herausdestilliert werden können.

Recht interessant nahm sich im Gegenzug zu der Beschwerde des nationalliberalen Abg. Gontard die Klage des ebenfalls nationalliberalen Abg. Vogel darüber aus, daß die Polizei die Versammlungen des nationalliberalen Deutschen Reichsvereins in Dresden wie jede gewöhnliche Arbeiterversammlung überwachen lasse. Der Herr Abgeordnete meinte, es sei doch nicht angemessen, unter polizeilicher Bedeckung zu beraten. Die tapferen Nationalliberalen hätten offenbar, daß auch einmal ein unbedachtes Wort der Opposition gegen die Regierung oben befaut werden könnte. Minister v. Melsch sagte dem Abg. Vogel, daß die Überwachung dem Vereinsgesetz entspräche — etwas so Selbstverständliches, daß es auch ein nationalliberaler Abgeordneter wissen müsse. Aber freilich, da die Versammlungen der Ordnungslente in der Regel nicht polizeilich überwacht werden, so können sie zu der Ansicht kommen, daß das Vereinsgesetz nur für die Arbeiter, nicht aber für sie da ist. Für die Arbeiter hat übrigens die polizeiliche Überwachung gar nicht das Unangenehme, das sie für die Ordnungsselten hat. Die Arbeiter sind eben ganz andere Kerls als diese Ordnungshelden.

\* \* \*

Ungewöhnliche Maßfeier. Das Zwidauer Bruderblatt schreibt: Die Generalredaktion unseres Blattes wird die diesjährige Maßfeier in eigenartiger Weise begehen. Das Amtsgericht Zwidau hat, natürlich ganz zufällig, für diesen Tag nicht weniger denn drei Gerichtstermine gegen das Sächsische Volksblatt angesetzt! Sowohl Genosse Goldstein wie Genosse Albert haben an ihrem höchsten Feiertage als Angeklagte vor Gericht zu erscheinen. Ersterer ist beschuldigt, einen Professor der Amtshauptmannschaft Glauchau (Schmid), der bekanntlich im September 1901 in Mühlau eine Versammlung zu unrecht aufgelöst hatte, durch die Presse beleidigt zu haben. Albert ist gleich als doppelter Staatsverbrecher vorgeladen. Er soll sowohl den obengenannten Beamten wie auch einen Holzhändler Meissner in Langenhessen durch die Presse beleidigt haben! Genau acht Monate hat es gedauert, bis die Versammlungsauslösung vor Gericht gebracht wurde!

Dresden, 30. April. Dienstag abend saß unter Vorsitz des Rechtsanwalts Müller von Bernick, stellvertretenden Vorsitzenden des Rechtsausschusses, eine mehrstündige Sitzung vor Mitgliedern des Rates und der Stadtverordneten, die letzteren waren sämtlich dazu eingeladen, statt, in der über die Modallisten beraten wurde, unter denen die im Prinzip beschlossene Einverleibung von 11 Vororten stattfinden soll. Der Sitzung wohnte u. a. auch Oberbürgermeister Bentler bei. Auch über die Einverleibung von Blasewitz schweben weitere Verhandlungen, die nicht ausgeschlossen sein sollen.

Ostritz, 30. April. In der letzten Sitzung des Stadtminderheitsrats, in der sämtliche Mitglieder anwesend waren, wurde u. a. ein vom Stadtverordneten Sommer eingebrachter Antrag auf Einführung öffentlicher Stadtgemeinderatsitzungen nach kurzer Debatte mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Eine weitere Stimme war ungültig.

Mittweida, 30. April. Nachdem der bisherige Vertreter des 15. sächsischen Reichstagswahlkreises (Frankenberg-Mittweida) Henrich Hermann Uhlemann in Frankenberg seine Wiederaufstellung als Reichstagskandidat endgültig abgelehnt hat, ist von den Kartellbrüdern der Fabrikbesitzer Stephan Claus in Plaue bei Görlitz als Reichstagskandidat in Aussicht genommen worden. Von sozialdemokratischer Seite ist bekanntlich für diesen Kreis Genosse Göhre als Kandidat aufgestellt worden.

Chemnitz, 30. April. Der Schankwirt Oskar Clemens Ennrich in Chemnitz versuchte seinen Gästen etwas Originelles zu bieten und zugleich neue Gäste zu gewinnen, indem er eine mit Bohnen gefüllte und versiegelte Weinflasche aufstellte und jeden schaute ließ, wie viel Bohnen in der Flasche enthalten seien. Bio aushangende Plakate im Lokal und an den Fenstern besagten, erhielten die vier besten Männer, die alle ihren Namen in eine Liste einzzeichnen mußten, Preise und zwar der erste 5 Mr. bar, der zweite eine junge Biere, der dritte eine Flasche „alte Ente“ und der vierte eine Wurst. Mit 600 Namen sollte die Liste geschlossen und die Flasche in Gegenwart einer Kommission geöffnet werden. Nachdem sich aber etwa 200 Personen, darunter auch Schaulustige, in die Liste eingeschrieben und ihre Schätzung vermerkt hatten, entdeckte die Gewerbspolizei, daß in dieser Veranstaltung eine Lotterie zu erkennen war, weil der findige Gastwirt mit der Lotterie verbundene geisteigerten Umtrieb des Bieres einen finanziellen Vorteil fand. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an und verurteilte Ennrich wegen unerlaubter Veranstaltung einer Lotterie zu 10 Mr. Geldstrafe oder einen Tag Gefängnis.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Aus Buchholz wird gemeldet: Am Dienstag früh 7/8 Uhr stand über dieser Stadt ein Aufballon, in dessen Gondel sich drei Männer befanden. Er kam in der Richtung von Schwarzenberg und flog in der Richtung nach Grumbach oder Sajburg weiter. Der Ballon stand so lange und so tief, daß auf der Straße stehende Männer von den Insassen der Gondel nach dem Namen der Stadt befragt werden konnten. Auf den Befragten: Buchholz kam aus der Luft die Frage: Im Erzgebirge? Die Insassen gehörten der Militär-Luftschifferabteilung in Berlin an. Sie wollten angeblich nach Wien. Ein umfanglicher Waldbrand brach am Sonntag nachmittag 8 Uhr in Abteilung 25 des sächsischen Forstreviers zu Schönau aus und vernichtete den größten Teil des 12-jährigen Fichtenbestandes. — Auf dem Bahnhof in Annaberg wurde der Stedenarbeiter Schubert von abgestoßenen Wagen erfaßt, ins Gleis geworfen und durch Nebenwagen beider Bahn sehr schwer verletzt. Der Verunglückte ist bald darauf gestorben. — Bößiglich erbludet ist die junge Ehefrau des Schniedermachers Wolf in Olbernhau. Dieses Verhängnis führt man auf schwere Erkrankung zurück; die junge Frau war, durch Feueralarm verunsichert, nachts aus dem warmen Bett gesprungen und hatte längere Zeit aus dem geöffneten Fenster hinaussehen. — Der aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Schwarzenberg entflohenen Verbrecher ist der bereits dreimal mit Buchhaus vor-

## Gleine Chronik.

Leipzig, 2. Mai.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater gelangt am Sonnabend die Oper Rigoletto zur Aufführung. — Im Alten Theater wird die nachgelassene Operette Wiener Blut von Johann Strauss zum erstenmal aufgeführt.

Am Sonntag geht im Neuen Theater die Oper Margarete in Scène. — Im Alten Theater wird die neue Operette Wiener Blut zum erstenmal wiederholt.

Neues Theater. Vier Jahre hundertundzwanzig Jahre sind vergangen, seit Mozarts Figaro in Wien nach Überwindung großer Schwierigkeiten zum erstenmal über die welsbundenen Bretter ging. Und doch wirkt diese Oper heute noch ebenso tief und nachhaltig auf empfängliche Gemüter und Herzen, wie es bei ihrer Erstausführung am 1. Mai 1786 der Fall war, da der Enthusiasmus des Publikums so groß war, daß alle Nummern wiederholt werden mußten. Auch gestern abend, an welchem der Figaro in unserem Städtheater in glänzender Aufführung geboten wurde, hätte man am liebsten dies und jenes daraus nicht nur einmal gehört, sondern sich gern länger an dem Wohlklang dieser Musik ergötzt. Feiert doch in diesem Werk Mozart's Genius seine höchste Triumphe. Ob er uns mit unübertroffener Meisterschaft in der genial hingeworfenen zweiteiligen Ouvertüre in kurzen Strichen malt, was die folgende Oper bringen wird oder im unscheinbaren Quodino die flestigen, gehemsten Regungen der Seele offenbart, ob er weltanschauliche Arien von berückender Melodie an unser Ohr tönen läßt oder mit den einfachsten Mitteln sich läufigkeiternden Finales aufbaut: überall bleibt wir in dieser Oper staunend stehen vor des Schöpfers Genius mit dem stillen Gefühl des Danzes, daß er uns eine nimmer versteckende Quelle edelsten, lautesten Kunstgenusses erschlossen. Aber nicht nur dies ist's, was selbst die verwöhntesten musikalischen Gourmands immer wieder Wohlgefallen finden läßt an dieser Oper. Obgleich so alt, übertrifft doch die Figaromusik die „Moderne“ in der Art und Weise, in welcher sie — die rechte Zukunftsmusik — scheinbar allen musikalisch ästhetischen Gesetzen höhnsprechend, aber ihnen doch gehorchen, leidenschaftlich die Vorgänge auf der Bühne wie die Stimmungen der handelnden Personen scharf und klar charakterisiert. Musik und

Handlung verschmelzen sie so in eins, wie kaum anderswo. Die Personen und alles, was in und mit ihnen vorgeht, sind musikalisch logisch scharf und leicht erkennbar illustriert. Ja, die Personen der Oper! Diese lebendigen Menschen mit ihrem weiten Gewissen und der lockeren Moral mit ihrer bestreitenden Liebenswürdigkeit und höflichen Intrigue, sind das nicht Personen, so glaubwürdig und menschlich-natürlich, daß wir meinen, wir könnten ihnen heute noch auf Schritt und Tritt begegnen? Und wenn nun diese blühendwirksamen Personen durch Künstler von Geist und Können so dargestellt werden wie gestern abend, so kann man begreifen, daß jeder ausmerksame Besucher des Theaters dasselbe mit hoher Beifriedigung und Freude verlassen. Das Hauptinteresse erregte an diesem Abende natürlich Frau Paula Doenges, die als zweite Gastrolle die Gräfin gab.

Dass die geschätzte Künstlerin ihre Partie gesanglich souverän beherrschte und mit diesem Kunstverständnis ansah und zu Ende führte, ist fast selbstverständlich. Rameau in der großen Oper: „Ich soll ein Glück entbehren“, in der er am Schlusse das als mit bewundernswerter Leichtigkeit nahm. Eine Leistung allererster Ranges, die alle Anwesenden mit Entzücken erfüllte, war der Poggi des Fräulein Untucht. Sie gab diesen prächtigfrischen Knaben, dessen Inneres, noch unverdorben, so leicht in Liebe entflammten, mit so viel Naivität, Liebenswürdigkeit und bestreitender Schalkhaftigkeit, daß man diesen hübschen Leichtfuß, der beim Anblick jedes Mädchens errötet und Herzflöten bekommt, aufrichtig gut sein muß. In das Goldschlackenlose Gelangkunst gefasst, gab die geschätzte Künstlerin zwei Perlen der Mozartischen Paritur, die mit zehrender Lebenslust gefüngten Arije: „Neue Freuden, neue Schmerzen“ loben jetzt in meinem Herzen, wie in der hohen gelangstechischen Vollendung gebotene Canzone: „Ihr, die Ihr Liebe des Herzens kennt.“ Beides hätte man gern noch einmal gehört. Von dem Pagen des Fräulein Untucht kann man, wie es in der Oper geschieht, in vollem Ernst sagen: Was er thut, ist alles gut! Ein nicht zu unterschätzendes Verdienst um das prächtige Gelingen dieser Figaro-Vorstellung hatten auch die Fräulein Seebé (Suzanne) wie Herr Marion, der den schenkelhohen, falschen Baffo ähnlich wie darstellerisch reich ausgestattet gab. Auch alle übrigen Mitwirkenden fügten sich geschickt und vorteilhaft in den Rahmen des Ganzen ein. Das Orchester sah die Mozartische Musik hohenkraft an und spielte namentlich die prächtige Ouvertüre mit wahrster Sillausprägung und großer innerer Wärme, so daß das Publikum diesem Vortrag reichen Beifall zollte. Den ganzen Abend über entzückten namentlich die Violinen durch das Gelehrtheitliche ihrer Melodien wie die Holzbläser durch die einschmeichelnde Milbe. Die Chöre klangen frisch; nur hätten sie mitunter etwas genauer nach dem Takttakt des Herrn Kapellmeister Port sich richten sollen. Alles wirksamste inszeniert war die Oper von Herrn Direktor M. Staegemann. Die Dekorationen prangten im reichsten Stofolo; die ganze Ausstattung war eine glänzende, aber altenhalben schlechte.

herrlicher Genüsse gesanglicher wie schauspielerischer Art spendete Herr Schelpner in dieser Partie, die zu seinem glanz- und wirkungsvollsten gehört. Reichster Beifall bei offener Scene wurde dem heldenhaften Sänger zu teil für die prächtige Ausgestaltung seiner Arie: „Ich soll ein Glück entbehren“, in der er am Schlusse das als mit bewundernswerter Leichtigkeit nahm. Eine Leistung allererster Ranges, die alle Anwesenden mit Entzücken erfüllte, war der Poggi des Fräulein Untucht. Sie gab diesen prächtigfrischen Knaben, dessen Inneres, noch unverdorben, so leicht in Liebe entflammten, mit so viel Naivität, Liebenswürdigkeit und bestreitender Schalkhaftigkeit, daß man diesen hübschen Leichtfuß, der beim Anblick jedes Mädchens errötet und Herzflöten bekommt, aufrichtig gut sein muß. In das Goldschlackenlose Gelangkunst gefasst, gab die geschätzte Künstlerin zwei Perlen der Mozartischen Paritur, die mit zehrender Lebenslust gefüngten Arije: „Neue Freuden, neue Schmerzen“ loben jetzt in meinem Herzen, wie in der hohen gelangstechischen Vollendung gebotene Canzone: „Ihr, die Ihr Liebe des Herzens kennt.“ Beides hätte man gern noch einmal gehört. Von dem Pagen des Fräulein Untucht kann man, wie es in der Oper geschieht, in vollem Ernst sagen: Was er thut, ist alles gut! Ein nicht zu unterschätzendes Verdienst um das prächtige Gelingen dieser Figaro-Vorstellung hatten auch die Fräulein Seebé (Suzanne) wie Herr Marion, der den schenkelhohen, falschen Baffo ähnlich wie darstellerisch reich ausgestattet gab. Auch alle übrigen Mitwirkenden fügten sich geschickt und vorteilhaft in den Rahmen des Ganzen ein. Das Orchester sah die Mozartische Musik hohenkraft an und spielte namentlich die prächtige Ouvertüre mit wahrster Sillausprägung und großer innerer Wärme, so daß das Publikum diesem Vortrag reichen Beifall zollte. Den ganzen Abend über entzückten namentlich die Violinen durch das Gelehrtheitliche ihrer Melodien wie die Holzbläser durch die einschmeichelnde Milbe. Die Chöre klangen frisch; nur hätten sie mitunter etwas genauer nach dem Takttakt des Herrn Kapellmeister Port sich richten sollen. Alles wirksamste inszeniert war die Oper von Herrn Direktor M. Staegemann. Die Dekorationen prangten im reichsten Stofolo; die ganze Ausstattung war eine glänzende, aber altenhalben schlechte.

bestrafte 25 Jahre alte Steinmeier Schwenke aus Pirna, der wegen eines Diebstahls verhaftet wurde. Der Flüchtling war in der am höchsten gelegenen Zelle untergebracht und hatte dort in der Nacht zum Sonntag aus dem Stoff seiner Matratze und der vollen Decke ein Seil zusammengenäht, und von dem Tisch, der sich ebenfalls in der Zelle befand, ein Bein losgebrochen, mit dem er aus dem vergitterten Fenster einen Eisenstab heranzwuchte. An einem anderen Eisenstab befestigte er das Seil, an dem er sich dann aus einer Höhe von 25 Meter herabstieß. Das Überleben einer einzigen Gardejägerin, die ihm noch im Wege standen, durfte ihm nach diesem Kunststück keine sonderlichen Schwierigkeiten bereitet haben. Die Flucht scheiterte um die Mitternachtstunde ausgeführt worden zu sein. An die Wand der Zelle hatte der Entflohenen die Worte geschrieben: "Nache ist süß! Ich bin unschuldig; es ist 12 Uhr; ich trete meinen Weg mit Gott an. Ich gehe nach Amerika. Da

die staatliche Aufsichtsbehörde ein; ein Vertreter der Amtshauptmannschaft, ausgesprochener Assessorenhippus; der Inspektor der hiesigen politischen Polizei, der sich zu Ehren des 1. Mai einen stilvollen Demokratenhut aufgestülpt hatte, und mehrere Ordnungswächter subalternerer Gattung in Uniform, die zu ihren Vorgesetzten allergehorsamst aufschauten, während sie dem "Volk" gegenüber sich in der ganzen Würde sächsischer Polizeiuniformität fühlten. Einträchtig nahmen sie alle an einem Tische mit den Vertretern der Volkszeitung und dem Festredner, Genossen Bebel, Platz, um der weiteren Entwicklung der Dinge zu horren.

Um 1/2 Uhr begann der Hauptteil der Feier mit dem Vortrag des Liedes: Empor zum Licht! Alsdann bestieg Genosse Bebel, von nicht endenwollenden Jubelrufen und Hütteschwenken empfangen, die Rednertribüne. Das scharfe, markige Organ drang bis in die letzte Ecke des weiten Saales und hielt die Versammlungen in atemloser Spannung. Nur der Vertreter der Amtshauptmannschaft schien sich zu langweilen; er duckte sich unwillkürlich und sank immer tiefer in sich zusammen. Herr Försterberg genoss die Rede mit der Miene eines Kimmers und Feinschmeiders und machte sich sachverständige Notizen.

### Bebels Rede.

Sehr geehrte Freunde! Im Juli 1889 beging Frankreich die Hundertjahrfeier der großen Revolution. Und die Bourgeoisie hatte alle Ursache dazu; denn durch diese ist sie erst zur politischen Macht im Staate gelangt und auf wirtschaftlichem Gebiete konnte sie sich mit dieser politischen Machtstellung die nötige Bewegungsfreiheit verschaffen. Aber auch das Proletariat, das gleich der Bourgeoisie vom Adel unterdrückt war, hat Ursache, die Revolutionsfeier zu begehen. Das Proletariat, geschaffen durch die Bourgeoisie, hat zu der Jahrhundertfeier der Revolution einen internationalen Kongress nach Paris eingerufen und die Vertreter derselben formulierten die Forderungen an den heutigen Staat und Gesellschaft. Wenn daher die Vertreter des klassenbewussten Proletariats der gesamten Welt diese Gelegenheit benutzt, um in Paris zusammenzutreffen und nach jahrengelanger Unterbrechung zum erstenmal wieder das Proletariat auf einem gemeinsamen Kongress zu vereinigen, so hatten sie allerdings die größte Ursache dazu. In allen Kulturstädten hatte sich das Proletariat in große Organisationen zusammengetragen, um in der Gesellschaft seine Macht geltend zu machen. Da tauchte die Idee auf, alljährlich sollte das klassenbewusste Proletariat seinen Feiertag begehen und aussprechen, was es an die heutige Gesellschaft für Forderungen zu stellen gedenkt. Die Beziehungen und Interessen des Proletariats stehen denen der Bourgeoisie diametral gegenüber, was in Wohl der Sache begründet ist, weil, wie das neue Bürgertum durch Aufhebung des Feudaladels zur Herrschaft gekommen ist, auch das Proletariat zur Geltung kommen kann, wenn die bürgerliche Gesellschaft aufgehoben ist. Aber wie das Bürgertum an den feudalen Staat und die alte Gesellschaft eine Reihe von Forderungen stellte, so stellt auch das moderne Proletariat an die bürgerliche Gesellschaft Forderungen, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen sind. Für das Proletariat besteht die Notwendigkeit, ebenso wie zum Bielgelauf, eine Reihe von Einrichtungen verwirklicht zu sehen, die es in seinem großen Kampfe zu stärken, zu ergänzen vermögen. Demnach stellte man in Paris als Forderung für die Maifeier auf: Die Einführung des gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstags, das Verbot der gewerblichen Kinderarbeit, das Verbot der Nacharbeit, das Verbot der Frauenarbeit in allen gesundheitsschädlichen Berufen, die Gleichstellung der Frau, insbesondere in der Bezahlung; weiterhin das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Körperschaften, volles Verfassungsrecht und Staatsfreiheit, also Forderungen, die im Rahmen der heutigen Gesellschaft zu verwirklichen sind, teilweise auch schon bestehen, die aber absolut notwendig sind, wenn das Proletariat für seine politische Herrschaft erzogen werden soll. Entschiedenste Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Land und allgemeine Agitation für den allgemeinen Frieden.

Arthur Schwerda.

Offizielle Versammlung. Am letzten Sonntag wurde im Kettelerhaus Altmühlgasse eine öffentliche Volksversammlung abgehalten. Als Referent war Genosse Scheib aus Leipzig anwesend und referierte über Zweck und Nutzen der Konsumvereine. In seinem 1½-stündigen Vortrag schilderte der Redner die ganze Entwicklung der Konsumvereine. Redner machte sich die von den sächsischen Regierung herausgegebene Denkschrift, betreffend die Sondergewerbesteuer, als gutes Agitationsmaterial zu nutze. Des weiteren ließte der Redner auch Beweise, mit welchen Mitteln die Behörden und die Kleinkaufleute ver suchen, derartigen Unternehmen das Leben schwer zu machen. Zum Schlusse seines Vortrags machte er es auch der Müglitzener Arbeiterschaft verständlich, daß ein derartiges Unternehmen am Ort ganz gut bestehen könne. Zur Diskussion griffen auch die Vorstandsmitglieder des Leisniger Konsumvereins, welche eingeladen waren, ein. Genosse Böhme-Lesnig schilderte die Entwicklung des Leisniger Konsumvereins von der Gründung im Jahre 1870 bis 1901. Alle weiteren Redner sprachen sich für Gründung eines Konsumvereins aus. Genosse Schwerda stellte nun den Antrag, einen Konsumverein zu gründen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es wurde eine fünfzehnköpfige Kommission gewählt, die alle Vorarbeiten zu machen hat. Diese Kommissionmitglieder nehmen auch Beitragsverlängerungen entgegen. In die Kommission wurden gewählt: die Töpfer Paul Mittmann und Alfred Jahn, der Maurer Hermann Gehler, der Fleischer und Fabrikarbeiter Hermann Beyer, sämlich in Müglitz, und der Obstpächter Heinrich Stark in Kreuzthal bei Müglitz. Nach einem Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Arthur Schwerda.

## Unser Feiertag.

Wer gestern die Demonstration der Leipziger Arbeiter gesehen hat, der wird zugeben müssen, daß die Beteiligung an der Maifeier durchaus nicht geringer worden ist als in den früheren Jahren, und allen denen, die durch allerlei Zwangsmafazregeln die Feier zu unterdrücken suchen, dürfte zum Bewußtsein kommen, daß sie gegenüber dieser gewaltigen Bewegung ohnmächtig sind.

Der Tag hatte zwar etwas unfreudlich begonnen. In den Morgenstunden war der Himmel mit einem dichten Wolfschleier bedeckt, langsam rieselte feiner Regen hernieder und es schien fast, als könnte dadurch die Stimmung des Festes beeinträchtigt werden. Aber das klassenbewusste Proletariat läßt sich am wenigsten durch einen trübem Himmel an der Feier des 1. Mai hindern und während sich in den Straßen der Stadt das gewöhnliche alltägliche Bild dorbot, sammelten sich die organisierten Arbeiter in aller Stille in den für sie bestimmten Lokalen. Zwischen neun und zehn Uhr drängten aus zahlreichen Lokalen am Thomastr. große Massen der feiernden Arbeiter hervor. Laternenartig war die Zahl der Feiernden angeschwollen, als sie sich die Promenade entlang an den Bahnhöfen vorüber nach dem östlichen Stadtviertel bewegten, um von hier aus durch den Gerichtsweg, Eilenburger Straße, Josephinenstraße und Stötteritzer Straße nach Stötteritz zu gelangen. Eine feierliche Ruhe, der Bedeutung des Tages würdig, umgab diese Massendemonstration. Die Zahl der Demonstranten mög etwa die gleiche gewesen sein wie im Vorjahr, die Beteiligung an der Maifeier selbst war aber diesmal bedeutend stärker. Infolge der ungünstigen Witterung waren bereits zahlreiche Teilnehmer mit der Straßenbahn nach Stötteritz gefahren, so daß lange bevor die Spaziergänger in Stötteritz eintrafen, die große Halle nahezu besetzt war. Während sich die Arbeitermassen in Bewegung setzten, hellte sich der Himmel auf, und vorübergehend brach die Maisonne zwischen den Wolken hervor, um ihre Strahlen über die dahinschreitenden Proletarier gleiten lassen. Auf dem ganzen Wege war kein einziger Schutzmann zu sehen, außer denen, die ihren gewöhnlichen Posten inne hatten. Gerade die Zurückhaltung eines jeden Polizeiaufgebots hatte wohl dazu beigetragen, daß der Mai-Ausflug nach Stötteritz ohne jeden Zwischenfall verlaufen ist. Es hat sich wiederum gezeigt, daß die organisierte Arbeiterschaft genügend geschult ist, um auch ohne polizeiliche Hilfe musterhafte Ruhe und Ordnung zu bewahren.

Auf dem Festplatz entwickelte sich schon in früher Morgenstunde ein lebhaftes, buntes Treiben. Ehrenpforten mit proletarischen Inschriften, Würsteverkaufsbuden, selbst ein Karussell! Die Festhalle selbst war von Mittag an dicht besetzt; insbesondere war auch das weibliche Element sehr stark vertreten. Mußvorträge und allgemeine Gesänge ließen die Feier ein. Nur nach Mittag stellte sich auch

Sozialreformer zusammengekommen, unter ihnen Rudolf Meier und Adolf Wagner, die den 10stündigen Arbeitstag nicht nur für die Industriearbeiter, sondern auch für die Landwirtschaftsarbeiter forderten. 1874 ist auch ein in diesem Sinne ausgearbeiteter Entwurf an den Fürsten Bismarck abgegangen, bei dem er bis zu seinem Ende in irgend einer Schublade begraben lag. Bismarck war auch der allerletzte, der Arbeiterschutzgesetz gemacht hätte. Sein Minister Eulerburg sprach schon im Jahre 1876 die Drohung aus, wenn das von ihm dem Reichstag vorgelegte Gesetz nicht angenommen würde, werde es bald dahin kommen, daß die Flinte schlägt und der Säbel haut. Heute liegen die Dinge so, daß die Arbeitersklasse keine Aussicht hat, ihre wichtigsten Forderungen auf Arbeiterschutz verloren zu ziehen. In Preußen ist ein Mitglied des berüchtigten Centralverbands der Industriellen Handelsminister. Da begreift es sich, wenn die Regierungen als Commiss der herrschenden Klassen diesen Forderungen ablehnend gegenüberstehen.

Aber traurig ist es, wenn es sogar Arbeitervertreter gibt, wie dies im englischen Parlament der Fall war, die solchen Forderungen entgegentreten. Dort ist infolge des Aufstreiks zweier Arbeitervertreter die Vorlage des achtstündigen Maximalarbeits-tages für die Vergarbeiter mit 208 gegen 207 Stimmen abgelehnt worden. Das waren Arbeitervertreter, die wiederholte auf internationalen Kongressen gewesen sind und dort für die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit gestimmt haben. Das zeigt, daß die Arbeiter ihre Vertreter immer hübsch unter Kontrolle halten sollten. Eine solche Haltung war um so schlimmer, als bereits im März 1893 Sir John Georges, einer der ersten Konservativen Abgeordneten den achtstündigen Arbeitstag für alle Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei, diesem Antrag zuzustimmen. Es sei unmöglich, aus einem Arbeiter ein volles Tagewerk herauszubekommen, wenn man ihn nicht anständig entlohne. Wie steht es bei uns? In Deutschland sind Verordnungen erschienen, die Löhne der Arbeiter in den Stahlwerken einzuführen beantragte. Der englische Kriegsminister Bannerman stellte sich damals ausdrücklich auf den Boden des Antrags, mit der Begründung, daß Hungerlöhne Hungerarbeit produzieren und daß es ein Gebot der Geschäftslustigkeit sei

revolutionieren. Das ist ihre Aufgabe, ihre eigenen Totengräber im Proletariat zu schaffen.

Steiner soll herrschen, aber auch keiner soll unterdrückt werden; wie alle sollen arbeiten, aber wir alle sollen auch genießen. Ueberall in der ganzen Kulturwelt feiert das Proletariat in diesem Sinne den 1. Mai. Wohl repräsentiert auch das Christentum die internationale Idee, aber in Bezug auf die zukünftige Welt. Wir aber wollen diese Welt verbessern; wir wollen aus dieser Welt den Himmel machen:

Ein schöner Morgen wird der Menschheit tagen,  
Wo jeder Tausch der Gaben der Natur  
Ein Austausch guter That und Rede ist;  
Wo Reichtum, Armut und der Durst nach Ruhm,  
Die Furcht vor Schande, Siechtum und Verderben,  
Des Kreiges Schreien und der Höllen Graus  
Kur im Gedächtnis leben wird der Zeit,  
Die, gleich der reuigen Sünderin, erschaudernd  
Rückblinden wird auf ihrer Jugend Tage.

Sei die Parole, der zu folgen wir uns geloben, dann wird und muss der Sieg unser sein. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Endloser Beifall ertönte, als der Führer der deutschen Sozialdemokratie, den mit Leipzig noch so viele persönliche Beziehungen und Erinnerungen verknüpften, geschlossen hatte. Viel alten Genossen drängten nach der Tribüne, um den alten Kameraden zu begrüßen. Nur den wenigsten gelang es, sich im Gedränge eine Gasse zu bahnen. Alsdann saß der Vorsitzende, Genosse Diefmann, über die Resolution abstimmen, die einstimmig angenommen wurde. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die zur Feier des 1. Mai in der Festhalle zu Stötteritz versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären einstimmig, auszuharren im Kampfe um die Kulturforderungen der Menschheit.

Da die der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Produktionsweise die Ursache aller sozialen und ökonomischen Nebenstände, insbesondere der Ausbeutung des arbeitenden Volkes bildet, so fordern die Versammlungen deren Beseitigung und Einführung der kollektiven Produktionsweise.

Zur Wiederherstellung der sozialen Verhältnisse fordert das Proletariat eine wirkliche Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere Schutz gegen die Ausbeutung der Frauen und Kinder, Vollsozialfahrt und Vollrechte und als wichtigste sozialpolitische Maßnahme die Einführung des gesetzlichen Arbeitsentlastung.

Mit dieser Forderung verbindet das Proletariat den entschiedensten Protest gegen alle reaktionären Maßnahmen, gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen den Brotwucher und gegen die Gewaltmaßnahmen der herrschenden Klassen.

Die Arbeiter Leipzigs führen mit den Arbeitern aller Länder gemeinsam den Kampf um die Klassenaufgaben des Proletariats; mit diesen zusammen demonstrierten sie für die wichtigsten Kulturaufgaben, für soziale Reformen, für Börsensieden und für die Gleichheit aller Menschen.

Das klassenbewusste Proletariat gelobt heute aufs neue, an seinen Forderungen mit aller Entschiedenheit festzuhalten.

Der Festversammlung wurde von Genossen in Augustusbad folgende Begrüßung telegraphisch übermittelt: "Demonstrieren im Geiste mit Euch für die höchste Kulturforderung, Arbeiterschutz, Achtstundentag. Nieder mit dem Arbeitertrotz! Hoch der Weltfeiertag der Arbeit!"

Am Abend fanden in Leipzig und Umgegend zahlreiche Versammlungen mit Festrede, Prolog, Massengesängen, Chorgesang, Musik- und turnerischen Aufführungen statt. Die Abendversammlungen, die fast alle gut besucht waren, verließen mit Ausnahme der Massenversammlung in der Festhalle in Stötteritz ohne Zwischenfall. In Stötteritz wurde von dem Vertreter der Amtshauptmannschaft die Abendversammlung untersagt, weil die Versammlung nicht zur angegebenen Zeit eröffnet worden sei. Wenige Minuten nach 8 Uhr verlangte der Vertreter der Amtshauptmannschaft den Einberufer der Versammlung zu sprechen. Da der mit der Eröffnung der Versammlung beauftragte Genosse übergangen wurde und der eigentliche Einberufer, der abwesend war, erst herbeigeholt werden musste, so war unterdessen die Zeit etwas vorgeschritten. Das Verbot befrannte sich allerdings nur auf die Festrede, während der Ablösung des geselligen Teils nichts in den Weg gelegt wurde. Der Vertreter der Behörde hat nach dem Gesetz allerdings das Recht, die Eröffnung einer vorschristmäßig angemeldeten öffentlichen Versammlung pünktlich zur angezeigten Zeit zu verlangen. Bisher war es aber üblich, dass die Beauftragten der Leipziger Polizeibehörde sowohl als auch die der Amtshauptmannschaft Nachdrift geübt haben, wenn die Versammlung, was natürlich in der Regel der Fall sein wird, einige Minuten später beginnt. Mit dieser bisherigen Voraussetzung haben jedenfalls auch die Stötteritzer Genossen gerechnet.

Bei der Abendfeier in Connewitz sind die turnerischen Aufführungen verboten worden, weil sie nicht vorher angezeigt waren.

Zu übrigen wurde in allen Versammlungen die bereits erwähnte Resolution angenommen.

Dresden, 1. Mai. Die Vormittagsversammlungen zeigten guten Besuch. Im Erianon, wo Genosse Grenz in seinem 1½ stündigen rede die revolutionierende Bedeutung des 1. Mai erläuterte, waren zirka 1500 Personen anwesend.

In Striesen gelangte die Versammlung kurz vor Schluss noch zur polizeilichen Auflösung. Der Referent, Genosse Johannes, batte vom sächsischen Wahlrechtsraub gesprochen, als dieser Ausdruck vom Beamten nicht gestattet wurde und Johannes darauf sich in "Fortschritts" des Wahlrechts verbesserter, löste der Überwachende die Versammlung kurzerhand auf. Zu Beginn hatte er schon durchgeföhrt, dass der Tischuntergrund zu 2 Blättern, von Bebel und Weißfeld, die vor dem Saal aufgestellt waren, neben der roten Flagge auch weißen Blätter erhielt.

Das Nachmittags-Rendezvous im Großen Garten vereinigte trotz Regen eine stattliche Schar Feiernder.

Am Abend fanden eine größere Anzahl von Versammlungen statt, in denen wie in den Vormittagsversammlungen neben anderen auswärtigen Referenten die Leipziger Genossen: Grenz, Lange, Lipinski, Dunder und Johannes sprachen.

„Ebenbüttig, 1. Mai. Die Maifeier in Chemnitz schloss sich in würdigster Weise ihren Vorgängerinnen an. Alle Versammlungen zogen kolossal Besuch, so dass die Lokale z. T. vollständig gesperrt werden mussten. In 11 Lokalen protestierte die Arbeiterschaft gegen die heutige Gesellschaftsbildung, und demonstrierte für die Forderungen des organisierten Proletariats. Die Frauen beteiligten sich dieses Jahr stärker denn je zuvor. In den festlich geschmückten Lokalen fanden die festredner begleiteten Beifall und eine dem Tage entsprechende Resolution einstimmige Annahme.

„Aus dem Vogtland, 1. Mai. Die Maifeier verließ hier, obgleich sie unter der Unlust der Witterung etwas zu leiden hatte, überall in gelungener Weise. Das Gewerkschaftskartell von

Reichenbach hatte für den Nachmittag des Festtages einen Ausflug arrangiert; am Abend fand Kommers in Richters (früher Wachler's) Hotel statt. Der etwas beschränkte Saal war überfüllt. Die Festrede hielt Gen. Frenzel-Leipzig. Im benachbarten Oberreichenbach fand am Abend Kommers im Gasthof zur neuen Welt statt. Die Festrede hielt hier ebenfalls Genosse Frenzel-Leipzig. In Neusalza unternahmen die Feiernden nachmittags einen sich nach Mylau bewegenden Ausflug. Am Abend fand Kommers im Bayrischen Hof statt. Die Festansprache hielt Reichstagabgeordneter Hofmann-Chemnitz. Die Feier war von etwa 400 Personen besucht. Das Gewerkschaftskartell von Mylau hatte für Nachmittag 4 Uhr eine Volksversammlung im Bergschlösschen arrangiert, in der ebenfalls Gen. Franz Hofmann-Chemnitz sprach. Am Abend fand Konzert und Ball im Schützenhaus statt. An der Feier beteiligten sich etwa 850 Personen. Blauen leidet an den Mängeln eines Verfassungslokals. Das der Partei zur Verfügung stehende Restaurant „Zur Tulpe“ fasst nur etwa 100 Personen. In ihm fand am Vormittag eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Podoryn-Zwickau sprach; am Abend fand in demselben Hotel Kommers statt. Das beschränkte Hotel war überfüllt. In Elsterberg steht den Arbeitern gleichfalls kein Verfassungslokal zur Verfügung. Sie feierten daher den Tag nur durch Ausflug am Nachmittag und einem gemütlichen Beisammensein am Abend im Reichsabtei. In Oelsnitz i. B., das eine gutorganisierte Arbeiterschaft hat, fanden am Abend zwei Kommerfeiern, und zwar im Norddeutschen Hof und im Bergschlösschen statt. Die Festansprachen hielt Genosse Podoryn-Zwickau.

g. Halle a. S., 1. Mai. Ohne Maiprozess keine Maifeier, so will es, wie es scheint, die Polizei, die wieder einmal, milde ausgebrüxt, in sehr bedenkslicher Weise einschritt. Obwohl die Teilnahme an den Vormittagsversammlungen nicht so stark war, wie in früheren Jahren, war das Polizeiausgebot doch ganz bedeutend. In der einen besonders stark besuchten Versammlung wurden heute besondere Zwischengänge verlangt, was früher nicht getrieben. Als die 1000 bis etwa 1200 Demonstranten nach 11 Uhr morgens die Feierveranstaltungen verließen, um nach dem Vergnügungslokal Bellevue zu gehen, verlangte die Polizei die Verfestigung der bis dato immer offenen an den Hüten getragenen Mäntel. Die verhältnismäßig kleine Karte mit der roten 8 störte auch die Polizei, wenn dieses Abzeichen einige Centimeter aus den Seitentaschen herausragte. Kurz und gut, die Polizeisinger waren in auffälliger Weise thätig und die Festteilnehmer nahmen diese kleinen Unannehmlichkeiten ruhig mit in den Kauf. Dieses Blut ereigte es aber, als auf einmal plötzlich an der Ecke des Mühlweges und der Bernburger Straße aus den zwanglosen Gruppen heraus — von einem geschlossenen Buge konnte gar keine Rede sein — eine ganze Reihe Sichtungen vorgenommen wurden. Nicht weniger als 82 Personen wurden nach dem kleinen Polizeirevier in die Klostergasse gebracht, wo ihnen mitgeteilt wurde, dass sie „wegen Veranstaltung eines verbotenen Umzuges eine Anklage zu gewähren hätten“. Im übrigen verließ die Feier programmatisch. Besonders Baurbeiter, Tischler und auch in einigen Betrieben Metallarbeiter hatten die Arbeit ruhen lassen.

k. Schmölln (S.A.), 1. Mai. Die Maifeier wurde hier in würdiger Weise begangen. Eine Anzahl Fabriken hatte mittags, ein anderer großer Teil nachmittags 4 Uhr den Betrieb eingestellt. Von ½ 5 Uhr an fand im Hotel „Wartburg“ eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Kleets-Mylau das Referat über die Bedeutung des 1. Mai übernommen hatte. Die von etwa 200 Personen besuchte Versammlung nahm eine dem Zweck des Tages entsprechende Resolution an. Am Abend des Tages fand Volkskonzert statt, das sich eines sehr guten Besuches erfreute.

In Berlin ließ das schlechte Wetter tagsüber die imposante Maideemonstration nicht recht zur Wirkung kommen.

Thale, 1. Mai. Der Amtsvoivöste in Thale verzögerte die Erlaubnis zu einem Maifeiug mit der Begründung: Der Maifeiug ist überall verboten und die Arbeitgeber wollen den Umzug nicht haben.

Bremen, 1. Mai. Die Direktion der großen Vulkanwerke hat, wie das Bureau Schäffer meldet, insgesamt 2000 Arbeiter wegen Teilnahme an der gestrigen Maifeier ausgesperrt.

a. Essen, 1. Mai. Die Morgenversammlung war von 200 Personen besucht. Genosse Hoffrichter-Köln referierte. Am dem Nachmittagsausflug beteiligten sich, trotzdem es heute ununterbrochen regnete, auch 200 Personen. Im Ausflugslokal flog die Zahl der Teilnehmer auf das doppelte.

y. Frankfurt a. M., 1. Mai. In vier Volksversammlungen demonstrierten am vormittag etwa 2000 Arbeiter.

x. Würzburg, 1. Mai. Hier und im benachbarten Heldingsfeld fanden 800 Arbeiter. In Würzburg war die Versammlung von ca. 800, in Heldingsfeld von ca. 400 Personen besucht. Die Resolution, in der Auflösung des Reichstages gefordert wird, damit die Wähler über den Brotwucher selbst ihr Urteil abgeben können, fand einstimmige Annahme in beiden Versammlungen.

kw. Offenbach a. M., 1. Mai. Die Festversammlung fand im Arbeiterviertel statt; sie war von 1200 Personen besucht. Genosse Ulrich hielt die Festrede. Neben gedachte u. a. auch des Ausgangs der belgischen Wahlrechtskampagne und zog daraus die Lehre, dass dieselbe wieder gezeigt, dass das Proletariat nur auf sich allein und seine Kämpfer angewiesen sei, wenn es siegen wolle. Der nachmittags 8 Uhr angekündigte Festzug nahm trotz Hagelschauer und Regengüssen den programmatischen Verlauf.

**Maifeier im Ausland.**

rom, 2. Mai. Der Ausschuss der sozialistischen Partei hatte in ganz Italien den Wortlaut einer Tagesordnung verbreitet, die gestern anlässlich der Maifeier in den verschiedenen Versammlungen gebilligt worden ist. In diese ist die Solidarität der italienischen Arbeiter mit denjenigen der ganzen Welt zur Erlangung besserer Existenzmittel festgelegt. Ferner verlangt man darin eine starke Herabminderung der militärischen Ausgaben, und direkt schlicht den festen Willen aus, mit allen Mitteln eine Expedition nach Tripolis zu verhindern.

Bürgerliche Nachrichten liegen noch vor aus Wien, Budapest und Brüssel. Danach verließ die Maifeier überall ohne Zwischenfall. In Brüssel fanden die Manifestationen, welche nach der Tagesarbeit abends stattfanden, ziemlich starke Beteiligung gesunden haben. Den Zug schätzte man auf kaum 3000 Personen.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Mai.

**Die Nöte der Unternehmer.** Wegen Beteiligung an der Maifeier sind aus mehreren Betrieben, darunter bei Vogt, Seidel u. Trilleri, Weinhöfelsfabrik in Lindenau, und Egg, Möbelfabrik, Grimmaischer Steinweg, 41 Tischler auf 2 bis 4 Wochen ausgesperrt worden. Durch den Arbeitsnachweis der Holzindustrien in der Bachstraße werden natürlich Erfahrtene für die Ausgesperrten gesucht. Die Kollegen mögen diese Notiz beachten.

**Der Schulanschuss der Stadt Leipzig** macht auf eine Bestimmung aufmerksam, wonach, wenn eine Familie mehr als drei Kinder zu gleicher Zeit zur Volksschule schickt, auf Ansuchen der Eltern oder ihrer Stellvertreter nur für die drei jüngsten Kinder Schulgeld erhoben werden soll. Diese Bestimmung kann selbstverständlich dann keine Anwendung finden, wenn schon einem oder mehreren Kindern einer Familie unentgeltlicher Schulunterricht gewährt wird.

Zu dem bekannten Unfall im Leipziger Palmengarten erschien der Untersuchungsrichter beim Landgericht Leipzig eine

Bekanntmachung, wonach alle diejenigen, denen während des Konzertes im Palmengarten am 15. Oktober 1901, vor dem Unfall, ein Geräusch aufgefallen ist, das durch den Fall schwerer Gegenstände auf die Saaldecke entstanden sein soll, ersucht werden, ihre Adresse dem Untersuchungsrichter beim Landgericht Leipzig unter dem Alterszeichen V. II. 7/02 mitzuteilen.

**Die Barguzahlungen bei der Credit- und Sparbank** wurden auf 7 125 000 M. geleistet. Dadurch ist die für den Fall, dass das Aktienkapital durch Zusammenlegung unter den Betrag von 10 000 000 M. sinken sollte, vorgebereitete Ausgabe neuer Aktien unnötig geworden. Das Aktienkapital stellt sich nunmehr auf 10 350 000 M.

**In der Bibliothek des Volksvereins für Plagwitz-** Lindenau wurden im Monat April 314 Bände ausgeliehen. Die Bibliothek ist in den letzten Monaten um ca. 100 der besten Werke vermehrt worden und wird in nächster Zeit eine weitere erhebliche Vergrößerung erfahren. Die Verwaltung der Bibliothek wird im Laufe des Monat Mai an alle hiesigen Vereins- und Gewerkschaftsbibliotheken Fragebogen versenden, um über den allgemeinen Stand des Bibliothekswechsels im Jahre 1901 ein klares Bild zu schaffen. Die in Frage kommenden Verwaltungsorgane werden freundlich ersucht, diese Fragebogen auszufüllen.

**Verein für Arbeitsnachweis in Leipzig.** Bei der öffentlichen Vermittlungsstelle des Vereins für Arbeitsnachweis in Leipzig, Feldstraße 8, Männerliche Abteilung, und Naschmarkt 2, Weibliche Abteilung, gingen im Monat April zusammen 2098 Gefüge (im Vormonat 2425) ein. Davon entfielen auf die Männerliche Abteilung 1190 Gefüge und zwar seitens Arbeitgeber (offene Stellen) 581 und seitens Arbeitnehmer 659 (im Vormonat 332 bzw. 379). Außerdem fragten 175 (im Vormonat 195) um Arbeit nach, die aber ihr Gefüge zurückzogen, da ihnen zur Zeit der Nachfrage passende Stellen nicht nachgewiesen werden konnten. Darunter befanden sich 105 (im Vormonat 63) von auswärts zugereiste Arbeitssuchende. Durch Vermittlung des Arbeitsnachweises wurden hier 484 (im Vormonat 619) Stellen besetzt, darunter 293 bei Dienstleistungsfirmen. — Im letzten Monat war ein Fortschritt in der Vermittlung zu verzeichnen.

**Das „Eden-Theater“ des Direktors Schenk,** das sich gegenwärtig im Varieté des Künstlerpalastes aufgeht, bietet ein buntes Sammelmuseum alles dessen, was geeignet ist, kleinen und großen Kindern Vergnügen zu machen. Das Alte, das neben neuem und vorgeführt wird, tritt wenigstens in neuer Gewandung auf, das Ganze aber in ungewöhnlich prunkhafter Rahmen; die Mellini und Bellachini früheren Meister haben an solchen Pompa nicht gedacht, konnten wohl auch in ihren hölzernen Buden so prunkhaft nicht austreten. Die erste Abteilung des Programms bietet recht amüsante Baubekünste; in der Durchführung auch des schon oft Geschehenen kommt mancher neue Trick zur Anwendung. Die zweite Abteilung bietet neben allerlei Minderwertigem aber für Leipzig doch nahezu Veraltetem, ein „japanisches“ Schattenspiel, ein „Theater künstlicher Menschen“ (Marionetten) und Elektro-Motor-Bioskop (Kinematograph), als neu dargestellte Hunde, die uns andere Tiere oder Menschen mit Masken vorführen, wobei auch noch Bauchrednerkünste zur Anwendung kommen; sehr hübsch sind die Kolossalgemälde nach Kunstuwerken berühmter Meister, die uns im Rahmen in effektvoller Beleuchtung in der Weise gezeigt werden, dass nur der Hintergrund gemalt ist, während die Figuren von lebenden Personen dargestellt werden. Direkt schön und sehr sehenswert ist die letzte Nummer „im Wunderland“; eine Wasserfeier bringt leuchtende Gerber und Kaslader in Verbindung mit reizvollen lebenden Bildern („Psyche am Throne der Schönheit“, „im Orient“ und „der Diamanten-Palast“), die an augenhübender Farbenpracht wohl kaum zu übertriften sein dürften und eine ganze Gallerie wirklich hübscher und amüsiger Mädchengestalten in malerischer Gruppierung zur Verwendung dringen, ohne dass dabei die Decenz auch nur im entferntesten gefährdet würde. Wie stellen dies ausdrücklich fest, weil die Verzüglichkeit dazu ziemlich naheliegend ist.

**Im Circus Sidoli** findet Freitag die letzte Seh-Öffnungs-Vorstellung mit einem vorzüglichen Programm statt. Eine originelle Vergnügung, vor der allgemeine Gebrauch gemacht werden darf, hat die Direktion für diese Vorstellung damit geschaffen, dass jeder Herr das Recht hat, auf sein Billet für alle Sitzplätze eine Dame frei einzuführen. Weiter ist diese Vorstellung originell dadurch, dass fast alle Programmnummern von Damen ausgeführt werden. Zum Schluss wird wieder die große Pantomime China zur Aufführung gelangen.

**Selbstmord- und Unfallstatistik für den Monat April 1902.** Im vergangenen Monat sind 14 Selbstmorde, 6 Unfallversuche und 6 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu registriert worden. Von den 10 männlichen und 4 weiblichen Personen, denen der Selbstmord gelang, haben sich 9 erhängt, 2 vergriffen, 1 erschossen, 1 herabgestürzt und 1 ertrankt. Zwei Personen verschwanden sich durch Aufschneiden der Pulssader und eine durch Herabstürzen des Lebens zu nehmen, eine Person versuchte, sich zu erhängen, eine zu ertränken und eine sich von einem Bogen überfahren zu lassen. Ein dreijähriger Knabe starb infolge einer Verbrühung; eine Oberfachnerin verbrannte sich mit Spiritus und starb an den Brandwunden; eine 68 Jahre alte Aufwartin stürzte beim Fensterputzen ab und ein 40jähriger Arbeiter verunglückte tödlich durch einen Stoß von einem Bauernstuhl; ein 28 Jahre alter Commiss starb an einer Gehirnerschütterung, die er sich durch einen Fall zog, und ein 18jähriger Bierfahrer wurde von seinem Geschirr getötet. Im Monat März waren 11 Selbstmorde, 5 Selbstmordversuche und 6 Unfallfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen.

**Fahrradschwund.** Von einem hiesigen Fahrradhändler hat ein 21 Jahre alter Commiss aus Priestädt am 26. April einen Rover, Marke Saxonie, und von einem anderen am 26. April einen solchen der Marke Continental entstohlen. Der Betreffende hat aber diese Fahrräder bis heute noch nicht wieder zurückgebracht, weshalb auf ihn auferichtet gemacht sei. — Am 20. v. M. ließ sich ein unbekannter Mensch von einem Fahrradhändler in der Ostvorstadt ein doppelseitiges Zweirad, Marke Saxonie. Dieses Fahrrad ist dem Händler bis heute noch nicht wieder zurückgebracht worden. Wie sich herausstellte, waren die Angaben, die der angebliche Student über seine Person machte, falsche. Der Betrüger war etwa 25



# 2. Beilage zu Nr. 99 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 2. Mai 1902.

## Reichstag.

178. Sitzung. Mittwoch den 30. April 1902, 1 Uhr.

Am Bundesrechtlich: Graf Posadowsky.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorslagen wird die Wahl des Abgeordneten Grünberg-Döbeln (Soz.) für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Gothein (rechts. Vg.) beantragt die Kommission ebenfalls für gültig zu erklären.

Abg. Dr. Barth (rechts. Vg.): Hier haben sich einmal die Konservativen über andere Parteien beschwert, gewöhnlich ist es umgekehrt, aber sie sind mit ihrem Protest vollkommen abgesessen. — Bekanntlich hat die Wahl ein Nachspiel im preußischen Abgeordnetenhaus gehabt. Dort hatte der preußische Minister des Innern, Freiherr v. Hammerstein, sein Wort des Tadels für das Vorgehen des Landrats, der das Gasthaus der Witwe Müller in Grimmen besetzte, lediglich aus dem Grunde, weil an den freien Versammlungen im Müllerschen Hof auch Sozialdemokraten teilgenommen hatten. Selbst ein nationalsozialistischer Abgeordneter hat die Greifswalder Wahl als einen Beweis dafür angesehen, wie die Verwaltungsorgane überall mit den Konservativen verschwägert sind.

Das Haus tritt dem Kommissionsbeschluss bei und erklärt die Wahl für gültig.

Über die Wahl der Abg. Prieke (nat.-lib., Orlamünde) und Sieg (nat.-lib., Brandenburg) werden gemäß dem Kommissionsbeschluss Beweiserhebungen beschlossen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betr. den Servistarif.

Die Budgetkommission hat beschlossen, von allen Änderungen der Ortsklassen Abstand zu nehmen, auch von denjenigen, die der Kultur beantragt hatte, dagegen in der Novelle eine Revision der Klasseneinteilung der Orte anzurufen, die spätestens mit Wirkung vom 1. April 1904 ab erfolgen soll. Nur die Serviklasse V soll schon jetzt nach der Vorlage aufgehoben und die darin befindlichen Orte in die Klasse IV versetzt werden. Ferner fordert die Kommission durch eine Resolution die Regierung auf, für 1904 einen besonderen Gesetzentwurf über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen vorzulegen.

Dazu liegt ein Antrag Eichhoff, Dr. Wiemer (rechts. Vp.), vor, wonach die von der Regierung beantragten Änderungen der Ortsklassen schon jetzt vorgenommen werden sollen, jedoch unter Beschränkung auf den Wohnungsgeldzuschuss, also unter Festhaltung der übrigen Ortsbezeichnung für den Servis. Nur die Serviklasse V soll auch nach diesem Antrag vom 1. April 1902 ab in die Serviklasse IV übergeführt werden.

Abg. Eichhoff (rechts. Vp.): Die Budgetkommission hat die Vergangenheit der ganzen Angelegenheit bis 1904 — denn das bedeutet ihr Beschluss — mit der finanziellen Lage begründet und zu gleicher Zeit beschlossen, in die Beratung der Vorlage betr. die Reichsparante für eine Bahn in Orlamünde von Datz-Salaam nach Pragora einzutreten. Wir wollen durch unseren Antrag wenigstens einen Teil der berechtigten Wünsche der Interessenten erfüllen und ich bitte Sie daher, unseres Antrags anzuhören.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Grundsäge bei der Novellierung dieses Entwurfs sind von seiner Seite als unrichtig nachgewiesen worden. Die Annahme der Regierungsvorlage halte ich für das richtige; sollten aber die Kommissionsbeschlüsse angenommen werden, so bitte ich Sie, die Novellierung erst 1905 vorzunehmen. Der Antrag Eichhoff würde für die Regierung ganz unannehmbar sein.

Abg. Dr. Hesse (nat.-lib.): Wir halten eine Beratung der ganzen Sache für das einzige Richtige. Eine Trennung des Wohnungsgeldzuschusses vom Servistarif entspricht dem Wunsche der großen Mehrheit des Hauses.

Abg. Marbe (Centr.) macht auf die Imparität aufmerksam, die in beiden bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses zwischen den katholischen und Reichsbeamten bestehe und erklärt sich im übrigen für den Kommissionsbeschluss.

Abg. Zubell (Soz.): Die Budgetkommission hat die Geschäftslage des Hauses zum Vorwurf genommen, um in einer Beratung der Mutterie überhaupt nicht einzutreten. Wenn es aber gilt, für sich selbst Vorteile zu gewinnen, so ist die Majorität sehr gern bereit, sogar Mittel zur Verfügung zu stellen, um bis weit in den Sommer hinein zu tagen. Meine politischen Freunde werden in erster Linie für den Antrag Eichhoff stimmen, weitere weitere Stellungnahme machen wir vom Schicksal dieses Antrages abhängig.

Abg. Hoffmann-Dilsburg (nat.-lib.) wendet sich gegen den Antrag Eichhoff.

Abg. Lenzmann (rechts. Vp.): Die Vorlage der Regierung ist ganz unbrauchbar. Daher wollen wir mit unserem Antrag nun mehr versuchen, eine Verbesserung hinzubringen. Bei Annahme unseres Antrags würden wir selbstverständlich den Servistarif der Vorlage zur erneuten Prüfung an die Kommission zurückverweisen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Eichhoff wird abgelehnt und die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution wird ebenfalls genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Graf Ballerstrem teilt mit, daß er für Montag die Brüsseler Zuckerkonvention auf die Tagesordnung zu setzen beabsichtige.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Das Zuckersteuergesetz braucht ja nicht so zwingend auf die Tagesordnung gelegt zu werden. Wir haben ein dringendes Interesse daran, daß Zuckersteuergesetz nicht eher zu erledigen, als bis die Brauntweinsteuernovelle fertig ist (Abg. Antif.). Wir wissen ganz genau, daß die Brauntweinsteuernovelle infolge der Obstruktion, die Sie (nach links) machen wollen, nicht zu stande kommt, wenn vorher das Zuckersteuergesetz erledigt ist.

Präsident Graf Ballerstrem: Sie können diese Bemerkung am Sonnabend vorbringen, wenn ich den betr. Vorschlag für Montag machen werde. Außerdem handelt es sich ja nur um die erste Lesung, damals ist der Abschluß noch lange nicht erreicht. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Antrag Ritter bet. Sicherung des Wahlgeheimnisses. Toleranzantrag des Centrums.)

170. Sitzung. Donnerstag den 1. Mai, 1 Uhr.

Am Bundesrechtlich: Niemand.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Anträge Ritter (rechts. Vg.) und Gröber (Centr.) betr. Sicherung des Wahlgeheimnisses.

Abg. Jessen (Dän.): Erwähnt auf einige von ihm auf den Tisch des Hauses niedergelegte Wahlzettel aus der letzten Wahl im Kreise Habershausen, die von den Wahlvorstehern mit besonderen Kennzeichen versehen sind. Invaliden, die diese gekennzeichneten Bettelzettel erhalten, aber nicht zur Wahl benutzt, wurden mit Wohnungsgeld droht und in einigen Fällen wurde diese Drohung sogar ausgeführt. (Hört, hört links.) Aus diesen Gründen ist eine Sicherung des Wahlgeheimnisses dringend geboten.

Abg. Dr. Barth (rechts. Vg.): Ich will mich weniger an den Reichstag, als an die verbliebenen Regierungen wenden. Leider ist ein Vertreter derselben heute nicht anwesend. (Burk: Da sitzt ja einer.) Nun, dann wird derselbe höchstlich berichten, was ich hier vorzubringen habe. (Heiterkeit.) Wir verlangen, daß endlich den Beschlüssen des Reichstags von seiten der Regierung nachkommen wird. Das ist um so mehr geboten, als es sich hier um eine Angelegenheit der politischen Moral handelt. (Lebhafte Sehr. llnks.) Kommt die Regierung dem Verlangen des Reichstags nicht nach, so verleiht sie ihre Pflicht ausschließlich. Es tut mir, denn es muß verhindert werden, daß bei den nächsten Wahlen dieselben Missstände zu Tage treten wie bisher. (Bravo! llnks.)

Abg. Gröber (Centr.): Hier handelt es sich um die Sicherung des geheimen Wahlrechts und ferner darum, allen Wahlbeeinflussungen einen Siegel vorzuschreiben. Ich hoffe, daß der Bundesrat nun endlich diesen Antrag seine Zustimmung nicht versagen wird.

Abg. Lenzmann (rechts. Vp.): Keine verständige Partei kann gegen den Antrag Ritter sein. Würde eine Partei es aber dennoch wagen, gegen ihn zu stimmen, so muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie bei den Wahlen unmoralische Handlungen unterstützen. (Große Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballerstrem: Sie dürfen Parteien dieses Hauses nicht vorwerfen, daß sie unmoralische Handlungen unterstützen; Sie dürfen höchstens sagen, daß das der nicht gewollte Effekt sein würde. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Wir stehen auf unserem alten Standpunkt und haben keine Veranlassung, diesen ganzen Thara von Bestimmungen aufzunehmen.

Abg. Wasserhann (nat.-lib.): Ich erkläre mich für den Antrag Ritter.

Abg. v. Staude (Centr.): Herr Lenzmann hat behauptet, daß im Osten mehr gegen das Wahlgesetz gestimmt würde, als im Westen. Die Wahlprüfungen hier im Hause beweisen das gerade Gegenteil. Herr Lenzmann hat dann die Behauptung aufgestellt, daß die konservative Partei sieh mehr Wahlbeeinflussungen zu schulden kommen als alle anderen Parteien. Gegen diese Unterstellung muß ich auf das entschiedenste Verwahrung einlegen.

Abg. Möllinger (El.): Ich erkläre im Namen meiner Freunde meine Zustimmung zu dem Gesetz.

Abg. Ledebour (Soz.): Selbstverständlich stimmen auch wir jeder Sicherung des Wahlgeheimnisses zu. Herr Barth hat angeregt, den Bundesratsmitgliedern, damit sie hier im Plenum auch bei Initiativvorschlägen erscheinen, Diäten zu zahlen. Thatächlich erhalten die Vertreter der auswärtigen Regierungen, aber schon jetzt Diäten. Die Neuherierung des Grafen Posadowsky, daß für die verbündeten Regierungen nur der kategorische Imperativ der Pflicht gelte, steht hierzu in gewissem Gegensatz. Ich habe überhaupt niemals eine Anerkennung von einem Vertreter der verbliebenen Regierungen gehabt, die so den Charakter einer hohen Renommage hätte. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballerstrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Vertreter der verbliebenen Regierungen nicht hohle Renommage vorwerfen, ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Tiedemann (Mp.): Ich bestreite gegenüber einer Neuherierung des Abg. Ledebour, daß die Bundesratsmitglieder Diäten bezahlen. Sie befürworten nur Entschädigungen, aber nicht aus der Reichskasse, sondern aus der Kasse der Einzelstaaten. (Lachen und Burste links.) Ja, das ist ganz etwas anderes. Wie bringen es denn die Sozialdemokraten mit der Helligkeit der Verfassung in Einklang, wenn Ihre Mitglieder aus der Parteikasse Tagelöhner beziehen? (Vochen bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Ritter wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des von den Abg. Lieber und Genossen (Centr.) eingebrachten Gesetzentwurfes betr. die Freiheit der Religionsübung. (Toleranzantrag.)

Zu § 1, der jedem Reichsangehörigen volle Freiheit der religiösen Befreiung, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung gewährleistet, beantragen die Abg. Dr. Lieber und Dr. Sattler (nat.-lib.) zum leichten Abschlag, der lautet: „Den bürgerlichen und staatsbürglerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen“ folgenden Zusatz: „Der Erlass von Gesetzen zur Ausführung des vorstehenden Grundgesetzes ist bis zum Erlass eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten.“

Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.): Ich begründen den Antrag. Durch unseren Antrag wird der § 1 keineswegs festgestellt, im Gegenteil, die Einzelstaaten werden dadurch veranlaßt, ihre Gesetze den Grundsätzen dieses Paragraphen gemäß abzuändern. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so werden wir gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Bondeische (El.): Ich erkläre mich gegen den Antrag Sattler.

Abg. Dr. Stockmann (Reichsp.): Der größere Teil meiner politischen Freunde wird gegen den § 1 stimmen. Das Centrum hat sich mit diesem Antrag mit dem Verhalten der Katholiken anderer Länder in Widerspruch gesetzt. Ich erinnere nur an Dr. Sigl (große Heiterkeit im Centrum), gewiß ein streng katholischer Mann (erneute Heiterkeit), wenn er auch nicht Ihrer Partei angehört. Dieser schreibt in seinem Vaterland: „Selt wann ist dem Toleranz ein katholisches Prinzip? Die Religionsfreiheit widerprüft dem innersten Wesen der katholischen Religion.“ Die katholische Kirche ist nur dort Toleranz, wo sie dazu gezwungen wird, und fordert Toleranz, wo sie davon Vorteile erlangt. (Große Unruhe im Centrum.) Der nationalsozialistische Antrag ist uns sympathisch; wir werden deshalb für ihn stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Nagel (Centr.): Herr Stockmann ist päßlicher als der Papst. Überlassen Sie doch die Toleranz unserer Vorgehensweise! gestillt den Antrag. Durch unseren Antrag wird der § 1 keineswegs festgestellt, im Gegenteil, die Einzelstaaten werden dadurch veranlaßt, ihre Gesetze den Grundsätzen dieses Paragraphen gemäß abzuändern. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so werden wir gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Stockmann (Reichsp.): Der größere Teil meiner politischen Freunde wird gegen den § 1 stimmen. Das Centrum hat sich mit diesem Antrag mit dem Verhalten der Katholiken anderer Länder in Widerspruch gesetzt. Ich erinnere nur an Dr. Sigl (große Heiterkeit im Centrum), gewiß ein streng katholischer Mann (erneute Heiterkeit), wenn er auch nicht Ihrer Partei angehört. Dieser schreibt in seinem Vaterland: „Selt wann ist dem Toleranz ein katholisches Prinzip? Die Religionsfreiheit widerprüft dem innersten Wesen der katholischen Religion.“ Die katholische Kirche ist nur dort Toleranz, wo sie dazu gezwungen wird, und fordert Toleranz, wo sie davon Vorteile erlangt. (Große Unruhe im Centrum.) Der nationalsozialistische Antrag ist uns sympathisch; wir werden deshalb für ihn stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Nagel (Centr.): Ich erkläre mich gegen den Antrag Sattler und für den Kommissionsantrag.

Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode teilt mit, daß ein Antrag Gröber-Dertel eingegangen ist, als dritten Abstieg den § 1 anzufügen: „Unberührt bleiben die allgemeinen polizeilichen Vorschriften der Landesgesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht.“

Abg. Dr. Vogel (Antif.): Ich verstehe unter wachsender Unruhe des Hauses eine längere Rede, um nachzuweisen, daß eine Radikalität, wie sie der Antrag Lieber will, nicht durchführbar ist, weil die Patienten selbst nicht wollen. Das deutsche Volk ist mit seiner Geschichte belastet. (Große Heiterkeit.) (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballerstrem: Es ist allgemein im Hause die Unruhe verbreitet, daß der Herr Redner seine Rede ableist. (Große Heiterkeit.) Aufgedessessen hat sich des Hauses eine gewisse Unruhe bemächtigt. (Erneute Heiterkeit.) Ich erfuhr den Redner, nicht weiter abzulegen.

Abg. Dr. Vogel (Antif.): Ich bricht hierauf meine Rede ab mit der Erklärung, daß keine Freunde nur im Falle der Annahme des Antrages Lieber für den Paragraphen stimmen würden.

Abg. Dr. Lieber (nat.-lib.): Ich komme auf die Kirchenpolitischen Verhältnisse Spaniens zurück und hält seine Behauptungen aufrecht, daß die evangelische Kirche in Spanien eine gesetzliche Basis überhaupt nicht habe.

Abg. Amwert (Soz.): Wir haben seiner Zeit erklärt, daß wir für den § 1 des Centrumsantrages stimmen werden. Dieser Paragraph hat nun durch den Antrag Gröber-Dr. Dertel eine Verschlechterung erfahren. Für die nicht anerkannten Religionsgemein-

schaften bleibt danach alles beim alten. Das ist nicht mehr Toleranz, sondern Intoleranz. Zum übrigen verweise ich auf meine früheren Ausführungen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Spahn (Centr.) und Dr. Sattler (nat.-lib.) schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird der Antrag Lieber gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Reichspartei abgelehnt; der Antrag Gröber-Dr. Dertel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen und der Reichspartei angenommen. Ebenso § 1 in dieser veränderten Fassung.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

(Plätenantrag und Fortsetzung der heutigen Beratung).

## 51. Sitzung der Bolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 30. April 1902.

Die Beratung wird fortgesetzt mit den für Grenzbewohner wichtigen Bestimmungen über den Wareneinfuhr in Grenzorten. Die Sozialdemokraten wollen, daß die Einfuhr von gewöhnlichen Backwaren, Fleisch und Mehl in Mengen von nicht mehr als 8 Kilogramm und für den eigenen Gebrauch für die Bewohner der Grenzbezirke zollfrei sei und die jetzt ausgelösten Belastigungen aufhören sollen.

Der Unterstaatssekretär v. Fischer wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Fischer-Sachsen. Es darf nicht so weit gegangen werden, wie die Sozialdemokraten es wollen. Die Grenzbewohner gingen in Scharen über die Grenze, um dort Lebensmittel zu holen, es würden auch Kinder zu dem Zweck missbraucht und ihnen, Redner, sei auch gemelbt worden, daß der durch die gewährten Grenznachlässe errungene Vorteil oftmals in Schnaps umgesetzt worden sei. Auch die sanitären Verhältnisse kämen im Gewerbeverkehr in Betracht.

Geheimrat Küller, sächsischer Bundesratsbewollmächtigter, bestätigt dem Abg. Fischer, daß an der sächsisch-böhmischem Grenze ein großer Missbrauch bezüglich der Grenznachlässe sich nicht herausgebildet habe, aber ein „nahe dem Missbrauch kommender Gebrauch der gewährten Vorteile“. Einzelne Dörfer an der sächsischen Grenze seien auf Verproviantierung in Böhmen angewiesen, deshalb würden auch die Nachlässe gewährt und die sächsische Regierung werde die zulässigen Bestimmungen einhalten, aber etwaigen Missbräuchen müsse entgegengestehen.

Abg. Gotthein wendet sich gegen die Ausführungen des Unterstaatssekretärs v. Fischer, je schärfer man vorgehe, um so mehr verfüre man zum Schnappel. Man könne doch nicht die Grenzbevölkerung der Schnapsucht zulassen, wenn einmal ein Mensch den im Grenzverkehr errungenen kleinen Vorteil zum Schnapsgenuss verwenden.

Geheimrat Nobach erklärt, in Oberschlesien hätten sich die Verkehrsverhältnisse an der Grenze erheblich verbessert infolge der lebhaften Praxis.

Mollenbuhr verlangt Ermächtigung des Grenzverkehrs. Der ausländische Arbeiter dröhlt über der Grenze sehr billiger als der Arbeiter diesseits der Grenze, der die verzollten Waren teurer bezahlt muss. Die Beschränkungen haben nur die Wirkung, daß Kinder zwei bis dreimal mehr über die Grenze laufen müssen, um billige Lebensmittel zu holen; der Staat hat keine höheren Zollentnahmen durch die Beschränkung. Es ist auch übertrieben, wenn man sagt, daß über der Grenze schlechtere Waren, verfälschtes Fleisch etc. verkauft würden.



gleiches in gesundheitlicher Beziehung zu hohe Anforderungen stelle. Das Kapitel wird mit 800 800 M. Ausgabe bewilligt.  
Eine endlose Debatte entspießt sich bei Kapitel 60, landwirtschaftliche, gewerbliche und Handelschulen, sowie allgemeine Ausgaben für Landwirtschaft und Gewerbe. Der Abg. Ruhelt hält eine lange Rede über gewerbliche Genossenschaften und stellt einen Antrag, wonach die Staatsregierung ermächtigt werden soll, Darselben aus dem zur Gewährung von Darlehen an gewerbliche Genossenschaften bestimmten Fonds nur durch Vermittlung der Gemeinden an die Gewerbetreibenden und an Gemeinden selbst vorzuschreiben.

Der Antrag wurde angenommen.

Der Kriegsminister hält eine Rede über Pferdezug und der Abg. Nollfuß über Handels- und Fachschulen, der Abg. Richter forderte staatliche Unterstützung für Webeschulen. Schließlich wird bei Kapitel 60 die Einnahme mit 10700 M. und die Ausgabe mit 1080050 M. bewilligt. Zugleich wurden einige Petitionen erledigt.

Bei Kapitel 61, Landstallamt Moritzburg, hielten die Abg. Löpfer und Steiger wieder lange Reden über die Pferdezug. Ab dann wurden die Kapitel 61 und 62 nach der Vorlage bewilligt und einige bedeutungslose Petitionen erledigt.

Nach 7 stündiger Sitzung war somit glücklich der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Die übrigen sieben Punkte der Tagesordnung ließ man ab.

## Gerichtssaal.

### Mordprozeß Arosigk.

Gumminnen, 30. April. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erhält der Vertreter der Anklage Oberkriegsgerichtsrat Meyer das Wort zum Plädoyer. Er führt u. a. aus: Der Mord könnte von zwei Personen ausgeführt worden sein, dafür sprechen alle Umstände und die Aussagen Stoevels, der stets mit voller Begeisterung betonte, daß er zwei Leute an der Vandenhür gesehen habe. Der Umstand, daß der Karabiner benutzt wurde, spreche dafür, daß der Mord nicht von einer Civilperson ausgeführt worden ist. Das von Frau Sablowitsch bezeichnete Kommissar, daß ein Soldat bei ihr Martens und Mühl abgelegt habe und in Civilkleidung fortgegangen sei, könne mit dem Mord, das nicht in Verbindung gebracht werden, da dieses einige Tage vor derselben sich ereignet haben sollte. Die Aussagen der Frau Edert, welche am Mordtage zwei Civilpersonen aus der Kaiserin habe laufen sehen, seien infolge der Widersprüche über Log und Wandelle ungläublich. Auch habe der Verteidiger und ihr Ehemann gebeten, die Frau nicht zu vereidigen. Der Mord könne nur von Soldaten ausgeführt worden sein, die ein Interesse an der Bestrafung des Mittmeisters hatten. Indizien sprechen dafür, daß es Unteroffiziere der 4. Schwadron gewesen seien. Martens sei am meisten verdächtig, da er von zwei Zeugen in unmittelbarer Nähe des Karabiners gesehen wurde. Daß er nochmals in der ehemaligen Wohnung gewesen sei, um das Telegraphenbuch zu holen, sei ungläublich, da er gar nicht nachgewiesen habe, ob Veränderungen erfolgt seien. Das Verhalten Martens vor und nach dem Mord, das falsche Auftreten in der Reitbahn, seine Art über jedes Vergessen, verdeckt ihn auf schwarz. Es kommt weiter in Betracht, daß Martens aus dem Gefängnis ausgetragen und jedenfalls nicht freiwillig zurückgekehrt sei, da er in Uniform nicht über die russische Grenze gelangen könnte. Hidel sei Martens Schwager und sei der einzige dienstfreie Unteroffizier mit Schwarzem Schnurrbart gewesen.

Joh. habe die volle Überzeugung, daß Martens und Hidel die That gemeinschaftlich begangen haben. Ich komme auf die richterliche Seite der Frage und ich wiederhole, was ich bereits gesagt habe. Insgesamt des Grundfazies: in dubio pro reo soll man die min-

dere Strafe wählen. Ich erkläre, daß ich weder damals noch jetzt über die Schuld der Angeklagten einen leisen Zweifel habe. Ich habe trocknendste Nachdenkens meine Ansicht nicht um ein Atom geändert. Ich bin auch heute noch der Ansicht, daß hier nicht Mord, sondern nur Totschlag vorliegt. Ich bin der Überzeugung, Martens hat den Entschluß, den Mittmeister zu erschöpfen, als er den Sturmlauf traf. In diesem Augenblick geriet er wieder in Wut, daß der Mittmeister ihn am Sonnabend in der Reitbahn arg beleidigt hatte. Auch der Totschläger kam vor der That eine kurze Zeit überlegen und solange der Gerichtshof im Zweifel ist, ob Martens mit voller Überzeugung handelte, ist es seine Pflicht, nicht auf Meuchelmord, sondern auf Totschlag zu erkennen. Ich bin nicht der Meinung, daß Martens und Hidel den Mord von längerer Zeit vorbereitet haben. Hidel hat nach meiner Meinung dadurch, daß er dabei Wache stand, bezw. Martens deckte, sich der Beihilfe schuldig gemacht. Das Gesetz gestattet bei Totschlag mildernde Umstände, aber angesichts der Umgangsschultheit der That kann von mildernden Umständen nicht die Rede sein. Auch die Trunkenheit des Martens kann nicht mildernd in Betracht kommen. Die Angeklagten sind außerdem wegen Meuterei zu bestrafen, schon im Interesse der Disciplin ist eine schwere Strafe geboten.

Über das beantragte Strafmaß haben wir bereits berichtet.

Verteidiger Rechtsanwalt Vurhadt geht in eingehender Weise auf die Siede des Staatsanwalts ein und sucht die belastenden Momente derselben zu entkräften. Punkt für Punkt sucht er nachzuweisen, daß die Belegnässungen nicht darart seien, die Schuld Martens zu beweisen. Er plädiert schließlich in bewegten Worten für die Freisprechung Martens. Verhandlungsleiter: „Martens, haben Sie noch etwas anzuführen? Sie haben das letzte Wort.“ Martens tritt vor den Richter und spricht mit lauter, fester Stimme, aber weinend: „Ich bedauere, daß der Herr Vertreter der Anklage beantragt hat, mich und meinen Schwager zu verurteilen, obwohl ich gänzlich unschuldig bin. Ich kann vor Gott und der ganzen deutschen Nation beteuern, daß mein Gewissen rein ist. Ich schwörte zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich völlig unschuldig bin. Ich wiederhole diesen Schwur, so wahr ein Gott im Himmel lebt. Von dem Herrn Untersuchungsrichter ist mir gesagt worden, ich soll ein offenes Geständnis ablegen, damit ich wenigstens der Gnade Sr. Majestät des Kaisers empfohlen werden könne. Hoher Gerichtshof! Ich kann doch kein Geständnis ablegen, wenn ich nichts verbrochen habe! Gott allein ist mein Zeuge, daß ich den Herrn Mittmeister nicht erschossen habe! Ich würde mich schämen, die Gnade meines Kaisers Wilhelms anzunehmen, wenn mein Gewissen nicht rein wäre. Ich bin ebenso wie mein Vater mit Leib und Seele Soldat. Ich habe mich stets anständig geführt und bin niemals auch nur auf den Gedanken gekommen, meinen Namen durch eine schlechte Handlung zu beschmutzen. Ich bin der Überzeugung, der hohe Gerichtshof wird einen Unschuldigen nicht verurteilen.“

Verteidiger Rechtsanwalt Horn sucht den Nachweis zu führen, daß gegen Hidel keinerlei Beweis geführt sei. Es fehlt gegen Hidel doch nur schätzungsweise Zeitangaben angeführt worden. Wie leicht könnten dabei Irrtümer vorkommen. Durch Vuntus und Schiedat sei mit Bestimmtheit nachgewiesen, daß Hidel, noch ehe der Gesetzte Vandilla die Nachricht von der Ermordung in den Stall brachte, bereits zehn Minuten bei Ihnen war. Danach habe er also nicht an der Vandenhür gestanden. Im übrigen liege bei Hidel nicht der geringste Beweisgrund vor. Der Umstand, daß er der Schwager von Martens sei, könne doch nicht als Beweisgrund angeführt werden. Es sei doch auch nicht anzunehmen, daß Hidel, der seit einigen Monaten in glücklichster Ehe lebte, und dessen Frau sich in gesegneten Umständen befand, sich seinem Schwager zu Liebe zu einer solch furchtbaren That entschlossen haben sollte. Rechtsanwalt Horn gibt schließlich den

Überzeugung Ausdruck, daß der Gerichtshof den Angeklagten Hidel freisprechen werde.

Verteidiger Vurhadt bemerkt noch, wenn Hidel freigesprochen werde, müßte auch Martens freigesprochen werden. Es sei nicht der geringste Beweis geführt, wer sonst den Martens gedeckt hätte. Der Angeklagte Hidel bemerkt noch: Ich versichere nochmals, daß ich völlig unschuldig bin und erwarte voller Überzeugung meinen Freispruch. Hierauf wird die Verhandlung bis 5 Uhr nachmittags unterbrochen.

Das dann gefällte Urteil ergab die Freisprechung beider Angeklagten.

Die Begründung des Urteils, das von dem Verhandlungsleiter kurz nach 6½ Uhr verlesen wurde, führt aus: Der Gerichtshof ist der Ansicht, daß gegen die Angeklagten starker Verdacht vorliegt. Ganz besonders ist der Gerichtshof der Ansicht, daß das Beweismaterial gegen Martens ein ganz erhebliches ist. So ist ganz besonders die Art, wie Martens von den Dragonern bestellt und Weber auf dem Korridor in der Nähe des Karabiners, mit welchem der tödliche Schuß erfolgt ist, bestossen wurde, sowie der Umstand, daß er sein Verbleiben zur Zeit des Mordes nicht nachweisen konnte, als belastend angesehen werden. Hidel hat sich dadurch verdächtig gemacht, daß er kurz vor dem Morde mit Martens zusammengekommen ist und daß die Dragoner, die sehr ausführlich vernommen wurden, ihn nicht im Stalle gesehen haben. Andererseits ist aber nachgewiesen, daß Hidel im Stalle war. Nur über die Dauer seines Aufenthalts besteht Zweifel. Sind aber die Angaben der Zeugen Vuntus und Schiedat wahr, dann konnte Hidel nicht der Mann sein, der von Baranowski an der Vandenhür gesehen worden ist. Der Gerichtshof hat aber auch in Erwägung gezogen, daß der Groß, den die Familie Martens gegen den Mittmeister von Arosigk haben konnte, bis zum Jahre 1808 zurückliegt, und daß, wenn Martens und Hidel bestohl gegen den Mittmeister etwas hätten unternehmen wollen, sie dies früher gethan haben würden. Es ist andererseits erwogen, daß der Mittmeister mit Martens Dienstlich sehr zufrieden war, so daß er ihn frühzeitig zum Unteroffizier beförderte und auf die Telegrafen-Schule nach Berlin schickte, und ihm, obwohl er der jüngste Unteroffizier war, eine Sekretär-Abteilung zur Ausbildung gab, wobei der Mittmeister so zufrieden war, daß er Martens Weihnachten 1900 den längsten Urlaub gab. Auch Hidel wurde vom Mittmeister als tüchtiger Quartiermeister gelobt. Der Gerichtshof hat daher die vorliegenden Verdachtsgründe nicht für hinreichend erachtet, um zur Verurteilung zu kommen. Es ist daher, wie geschehen, erkannt worden.

## Vereine und Versammlungen.

Berichtigung. In Nr. 98 der Leipziger Volkszeitung befindet sich u. a. ein Bericht über die am 27. April abgehaltene Versammlung der Buchhandlungsgesellschaften. Nach diesem Bericht soll ich mich in der Diskussion dahin ausgesprochen haben, daß man den schärfsten Protest an den Kantate-Festsaal zu richten hätte. Das trifft nicht zu. Ich war mit dem Referenten Dullo der Meinung, daß man den Herren Hess für ihren Beschluß, die Gesellschaft vom Kantatefesten fernzuhalten, nur dankbar sein kann. Zum Protest dagegen aufzufordern, ist mir nicht eingefallen.

Arthur Heydtmann.

**Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!**  
**Seid unausgesetzt thätig für die Verbung**  
**neuer Abonnenten!**

# Kein Schwindel, sondern Thatsache.

[4172]

Bevor Sie dem Lockruf schwindelhafter Ausverkäufe folgen, beachten Sie, vergleichen Sie und prüfen Sie die Auslage meiner Schaufenster.

Durch den Einkauf eines grossen Engros-Lagers fertiger Kleidungsstücke bin ich in der Lage, noch nie dagewesene Vorteile zu bieten und habe zum Verkauf dieser Waren bis Pfingsten

## 12 Ausnahme - Tage

festgesetzt,

### Keine Offerte kommt dieser gleich!

Serie I. Herren-Anzüge in Jackettform, Cheviot und Buckskin p. Anzug	12	Mk.
Serie II. Herren-Anzüge in Imm. Kamm- garn, prachtvolle Dessins p. Anzug	15	Mk.
Serie III. Herren-Anzüge, mod. Farben, vorzügl. im Schnitt u. Tragen p. Anzug	20	Mk.
Herren-Paletots . . . von	9	Mk. an.
Herren-Hosen in haltb. Stoffen von	2½	Mk. an.

Herren-Sommer-Hosen	von 1.50	Mk. an.
Herren-Sommer-Jacketts	von 1.00	Mk. an.
Burschen-Anzüge in dauerhaften Stoffen	von 6.00	Mk. an.
Knaben-Schulanzüge in Buckskin v.	2½	Mk. an.
Herren-Havelocks	von 5.00	Mk. an.

Loden-Joppen, weisse Westen etc. zu Spottpreisen.

Gänzlicher Ausverkauf von Radfahrer-Anzügen weit unter Selbstkostenpreis.

# F. Anspach

Reichs-Strasse II, part. und I. Etage, Ecke Salzgässchen.

Umtausch  
gern gestattet. Grösstes Special-Geschäft fertiger Herren- und Knaben-Bekleidung. Umtausch  
gern gestattet.

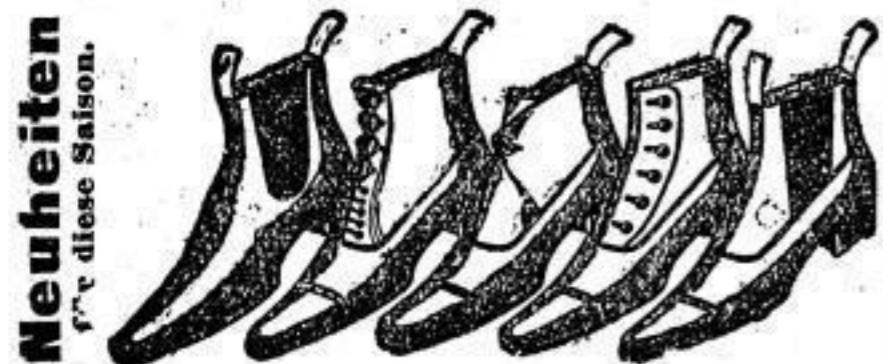
# 7. Jubiläums-Fach-Ausstellung des Verbandes selbst. Deutscher Konditoren

am 7.—12. Juni 1902 im Krystall-Palast zu Leipzig

für Erzeugnisse der Konditorei, Chocoladen, Konfituren- u. Lebkuchen-Zubereitung, deren Nohstoffs, Gebrauchsartikel u. Maschinen, sowie von Ausschmückungs-Gegenständen u. Fachliteratur.

Der ausf. Ausschus: J. A. Emil Schulz, Obermeister, Vorsitzender.

## Heute 40 Jahre in der Reichsstr. No. 19



Bitte recht genau  
nur Firma und  
No. 19 zu  
achten.

Herren-Schafstiefel, Handarbeit	5.00
Herren-Schleppstiefel, Handarbeit	4.50
Herren-Promenadenschuhe Handarbeit	4.50
Herren-Radschuh	3.50
Turnschuhe	2.25
Herren- und Damensaptoffeln	0.40 u. 0.50
Herrenhausschuhe	1.50

Damen-Knoepfliedel, englisch	6.—
Damen-Lederstiefel	4.50
Damen-Promenadenschuhe	2.50
Damen-Hauschuhe	1.50
Mädchen-Knoepfliedel	2.—
Kinderchuhe	0.48
Kellnerchuhe, Seltengut u. Lad- sapponen	3.50

Farbige Schuhe u. Stiefel, größte Auswahl.  
Seit 40 Jahren bekannt durch große Haltbarkeit, Eleganz  
und gute Passform.

19 Reichsstr. N. Herz Reichsstr. 19  
Eine andere Verkaufsstelle habe ich nicht.



III  
Ueberall vorrätig! Dosen à 10 u. 25 Pfg.

Bericht über den Schlachtviehmarkt  
auf dem städtischen Viehhof zu Leipzig am 1. Mai 1902.

a) Rindfleisch:  
144 Rinder und zwar 85 Ochsen, 6 Kalben, 59 Kühe, 44 Bullen;  
873 Rinder;  
870 Stiere Schafsfleisch;  
1284 Schweine und zwar 1284 deutsche, — aus  
2680 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

Tier-gattung	Bezeichnung	Lebend-Gewicht.	Schlach-Gewicht.
Rinder:	1. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwerte bis zu 6 Jahren	—	68
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	—	62
	3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere	—	56
	4. gering genährt jeden Alters	—	50
Kalben und Kühe:	1. vollfleischig, ausgemästete Kalben höchste Schlachtwerte bis zu 7 Jahren	—	65
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchste Schlachtwerte bis zu 7 Jahren	—	68
	3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	56
	4. mäßig genährt Kühe und Kalben	—	51
Bullen:	5. gering genährt Kühe und Kalben	—	45
Kälber:	1. vollfleischige höchste Schlachtwerte	—	61
	2. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere	—	55
	3. gering genährt	—	50
Schafe:	1. jenseit Woll-(Vollmilch-Woll-) und beste Saugkälber	49	—
	2. mittlere Woll- und gute Saugkälber	45	—
	3. gering Saugkälber	40	—
	4. ältere gering genährt (Fresser)	—	—
Schweine:	1. Mastkümmel und jüngere Mastkümmel	82	—
	2. ältere Mastkümmel	80	—
	3. mäßig genährt Kümmel und Schafe (Wetzschafe)	—	—
	4. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren	—	—
	5. fleischige	—	—
	6. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	59	—
	7. ausländische (aus)	55	—
	c) Verkauf:	—	—
	d) Geschäftsgang:	—	—
120 Rinder u. zwar 81 Ochsen, 5 Kalben, 52 Kühe, 32 Bullen			
873 Rinder . . . . .			
215 Schafe . . . . .			
1161 Schweine . . . . .			
	mittelmäßig		



## Cigarren, Cigaretten boykottfreien Kautabak

Karl Schulze, Leipzig, Brüderstr. 8  
Schönefeld, Schloßstrasse 54

Versand-Geschäft für alle Tabakfabrikate  
Kautabak von Grimm, Triepel, Genossenschaftsfabrik,  
Central-Verkauf der Cig.-Fabr. Milos, Spezial: „Frei Hell“ Turner-Cigarette.

Lustschlinke von 3.75 Mf. an, Laufdecken von 6.25 Mf. an.

Glocken von 30 Pfg. Lampen von 1 Mf. an.

Selbst 12 Jahren größte, beste u. billigste Reparatur-Werkstatt.

Aufwartesfrau täglich einige Stunden gesucht. Plagwitz, Braustr. 30, 1 Et. r.

Eine ält. Frau f. 3 Kinder wird täglich gesucht. Boltz, Eisenbahnstr. 134, 4 Et. r.

Ein Kind aus best. Stand w. aufs Land b. Pflege genommen. Off. u. N. 62 i. d. Epp. d. Bl.

Kräfst. Knabe, 18 J., sucht Beschäft. im Wegelaufen. Anger, Wöhlstr. 2, pl. r.

Ältere Frau sucht Beschäftigung. Niederl. H. Hampel, Lind, Gutsmütsstr. 44, II. L.

Ein Vorbergehilfe wird sofort gesucht. Eutritsch, Kägelsbachstr. 19.

Osterl. ob. Mädel. w. aufs Land b. gut. Wohn. z. miet. ges. Näh. Lind, Goethestr. 2a, II. M.

Lernende f. Damenschöp. mengenf. ges. Gohlis, Mittelstr. 5, pl. r. v. veru. Stell.

Aufwartesfrau täglich einige Stunden gesucht. Plagwitz, Braustr. 30, 1 Et. r.

Eine ält. Frau f. 3 Kinder wird täglich gesucht. Boltz, Eisenbahnstr. 134, 4 Et. r.

Ein Kind aus best. Stand w. aufs Land b. Pflege genommen. Off. u. N. 62 i. d. Epp. d. Bl.

Gr. leere sep. Stube an eins. Verj. p. 1. 15. veru. Osterl. ob. 62 a. d. Epp. d. Bl.

Gr. leere sep. Stube an eins. Verj. p. 1. 15. veru. Osterl. ob. 62 a. d. Epp. d. Bl.

Bessere Schlafliste für einen Herrn gesucht. Schleusing, Nördlichstr. 8, III. L.

Schlafliste an 1 oder 2 Mädchen sofort zu veru. Lindenau, Lutherstr. 10, III. r.

Möbl. Schlafliste f. anständ. Herrn oder Mädel. zu veru. Gohlis, Stiftstr. 83, III. L.

Frb. Schlafliste ob. leere Kammer b. zu vermieten. Osterl. Mittelstr. 19, II. r.

Frb. Schlafliste für anst. Herrn offen. Kleinshoch, Albersstr. 1, II. r.

Freundl. Schlafliste f. zwei anst. Herrn. Seitenstr. 2, pl. r. am Westplay.

Freundl. Schlafliste f. ja. Mädel offen. Kleinshoch, Antonientstr. 44, II. Wörth.

Freundl. Schlafliste f. Herrn zu veru. Lindenau, Bettiner Str. 61, I. r.

Freundl. Schlafliste für Herrn offen. Plagwitz, Jahrstr. 83, II. r.

Freundl. Schlafliste f. Kochof. Biegelstr. 18, Wdb. II. L.

Freundl. Schlafliste f. Herrn zu veru. Bismarckstr. 63, III. r.

Freundl. Schlafliste f. Herrn zu veru. Bismarckstr. 63, II. r.

Freundl. Schlafliste f. ob. M. pro W. 2.25. ab. I. Stube z. veru. Lind, Bismarckstr. 63, IV. r.

Ob. L. ohne Kinder f. 3. 1. 7. I. Osterl. ob. 62 a. d. Epp. d. Bl.

6. 200 Mf. Off. u. Q. 65 a. d. Epp. d. Bl.

Extrabeilage dieser Nummer: Von der Firma C. Baumgarten, Plagwitz und Lindenau, ein vielstachiges Prost. Deine Kollegen.

Otto Horbeck zum 80. Geburtstag gratuliert Seine Martho.

Otto Horbeck, die alte Tochter soll leben. Profil!

Extrabeilage dieser Nummer: Von der Firma C. Baumgarten, Plagwitz und Lindenau, ein Prospekt für die Abonnenten im Westen Leipzigs.

[412]

Neues und altes Rad stehen spottbillig. Verlauf. Städterich, Wasserturnstr. 2, v. Gebr. Fahrrad für 40 Mf. zu verkaufen. Volkmarstdorf, Bahnhofstr. 30, II. L.

Koffer von 2 Mf. an Sternwartenstr. 45, pl.

Eine Elgarrenprese preislich zu verkaufen Lindenau, Gutsmütsstr. 17, III. r.

Photogr. Apparat 18×18 m. Zubeh. bill. zu verkaufen Leubn. Grenzstr. 18, I. r.

Einige Wasserräder f. Garten zu ver. Lindenau, Merseburger Str. 64, III. L.

Garmig Hängelampe (Krone) billig zu verkaufen Lindenau, Queckstr. 8, pl. r.

Pfandsch. ab. gute gold. Dam.-Uhr n. ein g. Anz. (mitl. Fig.) bill. Off. R. 7. Postamt.

Verschied. Vogel Umstände halber zu ver. Kleinshoch, Lutherstr. 6, II. L.

Eine starke Weihwurmheide bill. z. ver. Gerichtsweg 12, III. L.

8 interessante Romane sind billig zu verkaufen. Stünz, Mittelstr. 1, port. 1.

Gebr. Hobelbank wird zu kaufen gesucht. Stünz, Schlossstr. 6, III. L.

Nachschriftung u. Singebuch, 2. Klasse, zu kaufen gesucht Gemeindestr. 46, III. L.

Eleg. Sportwagen zu kaufen gesucht. Kleinshoch, Klingensteinstr. 46, III. L.

Ein guterhalt. Sportwagen zu kaufen gesucht. Connewitz, Schulstr. 14, III. r.

[412]

Neues und altes Rad stehen spottbillig. Verlauf. Städterich, Wasserturnstr. 2, v. Gebr. Fahrrad für 40 Mf. zu verkaufen. Volkmarstdorf, Bahnhofstr. 30, II. L.

Koffer von 2 Mf. an Sternwartenstr. 45, pl.

Eine Elgarrenprese preislich zu verkaufen Lindenau, Gutsmütsstr. 17, III. r.

Photogr. Apparat 18×18 m. Zubeh. bill. zu verkaufen Leubn. Grenzstr. 18, I. r.

Einige Wasserräder f. Garten zu ver. Lindenau, Merseburger Str. 64, III. L.

Garmig Hängelampe (Krone) billig zu verkaufen Lindenau, Queckstr. 8, pl. r.

Pfandsch. ab. gute gold. Dam.-Uhr n. ein g. Anz. (mitl. Fig.) bill. Off. R. 7. Postamt.

Verschied. Vogel Umstände halber zu ver. Kleinshoch, Lutherstr. 6, II. L.

Eine starke Weihwurmheide bill. z. ver. Gerichtsweg 12, III. L.

# 3. Beilage zu Nr. 99 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 2. Mai 1902.

## Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetenraat.

(Sitzung vom 30. April 1902.)

Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen wünscht zu wissen, ob die Verträge mit den beiden Eisenbahnverwaltungen und der Stadtgemeinde bezüglich der Erbauung des Leipziger Centralbahnhofs die Zustimmung des Kollegiums erlangt haben. Namens der Ausschüsse erklärt hierzu der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Jund, daß in dieser Angelegenheit innerhalb der Ausschüsse ganz außerordentlich gearbeitet worden sei. Er hoffe, daß in dieser Woche die erste Sitzung beendet werden könne, so daß nächste Woche die zweite Sitzung folgt, damit die Angelegenheit in 14 Tagen auf die Tagesordnung der Stadtverordnetensitzung gelegt werden könne.

Es wird mitgeteilt, daß der als Erstvotant gewählte Vorbis Herr Emil Marx vobbig an Stelle des nach § 65 und 44c der Revidierten Städteordnung ausgeschiedenen Redakteurs Herrn Otto Pollender als ordentliches Mitglied in das Stadtverordnetenkollegium berufen worden sei.

Stadt. Lehmann bemerkt hierzu, nach den gesetzlichen Bestimmungen lasse sich gegen die Annullierung des Mandats Pollenders nichts thun. Der frühere Fall Delschlegel habe dem damaligen Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Schill Veranlassung gegeben, eine Änderung der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen zu beantragen. Die Zweite Kammer habe auch eine Änderung dahin treffen wollen, daß in solchen Fällen die Beschlusssfassung dem Gemeindekollegium überlassen bleiben soll, jedoch sei die Erste Kammer dem nicht beigetreten. Heute mache sich die Härte der bestehenden Bestimmungen erneut fühlbar. Pollender sei Mitglied einer Oppositionspartei und Redakteur. Das leichtere lasse es nur zu begreiflich erscheinen, daß er mit dem Strafgefeßbuch in Konflikt kommen kann. An der persönlichen Ehrenhaftigkeit Pollenders könne durch den Verlust des Mandats sowohl als durch die Strafe nichts geändert werden. Die betreffende gesetzliche Bestimmung sei aber eine Härte, für deren Beleidigung im öffentlichen Interesse gewirkt werden müsse.

Vorsteher Dr. Jund: Die Angelegenheit sei durch die gesetzlichen Bestimmungen erledigt.

Eine Eingabe von Einwohnern in Kleinschöner betreffend Strafenflösterungen macht Stadt. Püschel zur Kenntnis.

Der Verkehrsverein Leipzig ist durch nähere Untersuchungen zu der Meinung gelangt, daß der Erhöhung des Straßenbahnkurses an den Sonn- und Feiertagen Bedenken nicht entgegenstehen. Durch erhöhte Einnahmen könnten die Straßenbahngesellschaften zu erhöhten Leistungen veranlaßt werden. Der Verein erteilt daher im Einvernehmen weiterer Wagen auf einzelnen Linien der biesigen Straßenbahnen und um Verlängerung des Abendverkehrs.

Stadt. Kanzleirat Zähne macht diese Eingabe zur Kenntnis, worauf sie an die zuständigen Ausschüsse verwiesen wird.

Es stehen zunächst die Punkte 17. und 18. der Tagesordnung zur Beratung.

Die alten Pleißenburgkeller sollen nach einer Vorlage an die Keller des neuen Rathauses unter Schaffung eines Verbindungskellers und Erbauung eines Lufschachtes angegeschlossen werden. Hierzu ist ein Gesamtaufwand von 68.250 M. erforderlich. Die Ausschüsse beantragen: 1. die Ratsvorlage mit der Erläuterung abzulehnen, daß das Kollegium mit der Ausführung des geplanten Lufschachtes prinzipiell nicht einverstanden ist; 2. den Rat zu ersuchen, das Hochbauamt mit Ausarbeitung einer neuen Vorlage zu beauftragen, in der eine erhebliche Abminderung der Kosten des Kellerumbaus und -Neubaus nachgewiesen wird und die Ventilation in einfachster Weise an anderer Stelle vorgesehen ist. Man hat die Kosten ungewöhnlich hoch gefunden und hegt des weiteren Zweifel darüber, daß die Keller auch vermietet werden würden. Ganz entschieden hat man sich aber im Ausschuß gegen das Denkmal, mit dem der Lufschacht verzieren werden soll, ausgesprochen.

Stadtrat Ehning erklärt, daß Bedenken bezüglich der Vermietung der Keller nicht vorliegen. Der Lufschacht sei von einigen Pächtern gefordert worden. Er ersuche, falls

die 80.000 M. für die künstlerische Ausstattung des Lufschachtes abgesetzt werden sollten, wenigstens der Vorlage in ihrem übrigen Teile zuzustimmen.

Der Referent behauptet, daß der Bau der Keller mit dem Rathausbau nicht in direkter Verbindung stehe.

Stadt. Kämper: Die Begründung der Ratsvorlage habe Kopfschütteln erzeugt. Auch die Verpachtung der Keller werde Schwierigkeiten machen.

Stadt. Francke beantragt, im Ausschusshandlungs die Worte, „das Hochbauamt mit Ausarbeitung zu beauftragen“, zu streichen.

Stadtbaudrat Scharenberg sucht nachzuweisen, daß der Bau der Keller im engsten Zusammenhang mit dem Rathausbau stehe und ersucht, dem Vorschlag Franckes zuzustimmen.

Der erste Teil des Ausschusshandlungs wird hierauf einstimmig, der zweite Teil mit der Abänderung Franckes mit 38 gegen 24 Stimmen angenommen.

Dem Arealaustausch am früheren Grundstücke der Loge Minerva an der Ecke der Marstgrafen- und Burgstraße wird zugestimmt.

Der Nachverwaltung von 1225 M. zu Conto 11, Feuerlöschwesen und Besoldungen 348.716,67 M. des Haushaltplanes auf das Jahr 1902 wird zugestimmt.

Nach einer Ratsvorlage soll der Tarif für Einleerung der Abortgruben um weitere 50 Pf. für den Kubikmeter geräumter Klasse erhöht und eine Neuauflistung des Tarifs ohne zeitliche Begrenzung vorgenommen werden. Die Ausschüsse beantragen, der Vorlage zuzustimmen mit der Maßgabe, daß der Tarif auf die Dauer von fünf Jahren genehmigt wird.

Stadtrat Schmidt will die leichtere Bestimmung dahin auffassen, daß nach Ablauf der fünf Jahre der bisherige Tarif wieder in Kraft tritt, eventuell eine neue Beratung herbeigeführt werden soll.

Das Kollegium tritt dieser Ausschaffung bei und beschließt den Ausschusshandlungs gemäß.

Die Rechnungli wird in neue Witwen- und Waisenkasse der unteren Ratsbeamten wird richtig gesprochen.

Es folgt Conto 7, Städtische milde Instanzen sowie sonstige Beiträge, mit Ausnahme der Positionen 1—4 des Haushaltplanes auf das Jahr 1902. Die Ausschüsse beantragen hierzu, den ordentlichen Beitrag von 600 M. an die Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe abzulehnen; 200 M. ordentlichen Beitrag an die Brüderanstalt mit Rettungshaus in Moritzburg als außerordentlich für dieses Jahr, sowie 500 M. Beitrag an den Brievein Leipzig des Deutschen Vereins für Volkshygiene und 500 M. als Beitrag an den Verein für volkstümliche Hochschulkurse als außerordentliche Ausgaben für dieses Jahr zu bewilligen, dagegen 15.000 M. als außerordentlichen Beitrag an die Ortskrankenklasse vorläufig zur Beschlusffassung auszuführen, im übrigen aber das Conto zu genehmigen. Der Referent möchte, daß künftig nur an solche Vereine Beiträge geleistet werden, von denen Berichtsberichte vorliegen.

Stadt. Lehmann erklärt, daß er verschiedene Positionen des Conto 7 nicht bewilligen könne; er verweist dabei auf die früheren Ablehnungsgründe. Desgleichen müsse er auch gegen den Antrag der Ausschüsse stimmen, wonach 200 M. für die Brüderanstalt mit Rettungshaus in Moritzburg bewilligt werden sollen.

Bei der Abstimmung werden der leichtgenannte Antrag sowie die von Lehmann angeführten Positionen 15, 22, 123, 124, 126—128 gegen 11 Stimmen, die übrigen Ausschusshandlungen einstimmig angenommen.

Ein Antrag des Stadt. Dr. Fritzsche geht dahin, die Seminarklassen der höheren Schule für Mädchen in die 5. Bürgerschule zu verlegen und die dadurch freigewordenen Klassenzimmer den Schülerinnen der höheren Mädchenschule zu überweisen. Der Schulausschuß beantragt, diesen Antrag abzulehnen und den Rat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die betreffenden Klassen nur in der 3. höheren Bürgerschule ihren Schulunterricht erhalten.

Stadt. Fritzsche bleibt bei seiner Meinung. Die Unzuträglichkeiten, die sich zwischen der höheren Schule für Mädchen und dem Lehrerinnenseminar ergeben hätten, seien ihm auch von Schülern bestätigt worden.

Stadtrat Schmidt bestreitet diese Unzuträglichkeiten. Eine Prüfung der Angelegenheit werde sich der Rat nicht abgeneigt zeigen.

Stadt. Dr. Mothe wünscht, daß dem Kollegium in dieser Sache bald ein Gutachten vorgelegt werde. Der Antrag des Schulausschusses wird einstimmig angenommen.

Richtig gesprochen werden die Rechnungen auf das Jahr 1901 über die Dr. Karl Albrecht-Stiftung für die 1. Realschule über die Georgi-Stiftung und die Adelbert-Gehhardt-Stiftung für die Nikolaischule; ferner über den Turnhallen- und Abortenbau der 15. Bezirksschule in Leipzig-Sellerhausen und über den Neubau einer Abortanlage für die 11. Bürger- und 20. Bezirksschule in Leipzig-Gohlis.

Zu der Anschaffung von Lehrmitteln für die 26. Bezirksschule mit einem Aufwande von 2200 M. zu Lasten des Stammvermögens wird Zustimmung erteilt.

Die Herstellung einer Einfriedungsmauer an der 12. Bürgerschule in L.-Lindenau mit einem Aufwande von 4890 M. zu Lasten der Minderausgabe beim Erweiterungsbau jener Schule wird einstimmig genehmigt und zugleich dem Rate zur Erwägung gegeben, an Stelle des alten Gitters ein neues Gitter anzubringen und event. dem Kollegium eine Vorlage zugehen zu lassen.

Die Rechnung des städtischen Krankenhauses zu St. Jakob auf das Jahr 1900 und Bau-Abrechnung zu Position 61 werden richtig gesprochen.

Des weiteren wird zur Rücksicht des Nebenkostos, Geweiganstalt des Pflegehauses zu L.-Neudörfel, zum Specials budget Armenwesen des Haushaltplanes auf das Jahr 1902 unter Nachverwaltung von 24.235,40 M. auf 10 Monate, sowie der Annahme des der Stadtgemeinde Leipzig von Frau Friederike Luise Amalie Elsbeth vertr. Dietrich geb. Erdmann mit Auflage ausgeführten Vermächtnisses von 3000 M. zugestimmt.

Es folgt Conto 7, Städtische milde Instanzen sowie sonstige Beiträge, Position 1—4 des Haushaltplanes für 1902. Das Kollegium tritt debattlos einstimmig folgenden Anträgen der Ausschüsse bei: 1. Einzuhalten Krankenhaus zu L.-Plagwitz 1050 M. ordentlich zu genehmigen; 2. Ausgaben Buschus für das Armenwesen 1.537.702,04 M. ordentlich gemäß den Beschlüssen des Kollegiums zu Specials budget Armenwesen vom 18. Febr. und 19. März mit 1.580.498,34 M. einzustellen; 3. Ausgaben Buschus für die Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg 68.960,18 M. ordentlich gemäß den Beschlüssen des Kollegiums mit 67.560,18 M. einzustellen; 4. Ausgaben Buschus für das Krankenhaus zu St. Jakob 413.552,92 M. ordentlich mit 435.699,42 M. einzustellen.

Die Zustimmung zu dem Verkauf der Baupläne an der Ecke der Crustius- und Frommannstraße für 52.000 M. = 75,60 M. pro Quadratmeter, des an der Crustiusstraße gelegenen Bauplatzes Nr. 10 für 48.300 M. = 64,02 Mark pro Quadratmeter, und des an der Frommannstraße gelegenen Bauplatzes Nr. 1 für 30.000 M. = 75 M. pro Quadratmeter, wird erteilt.

Nachdem noch die Abrechnung über den Neubau des Schuppens für feuergefährliche Güter in L.-Gutrichsh für richtig gesprochen worden ist, folgt die Vorlage bezügl. der baupolizeilichen Feststellung der Straße 3 und der verlängerten Oststraße in L.-Neudörfel bzw. Thonberg. Der Bau- und Ökonomieausschuß beantragt, die Vorlage zu genehmigen mit der Bedingung, daß in Straße 3 die Fluchtlinie im Buge der verlängerten Mühlstraße auf die Breite dieser Straße unterbrochen wird, so daß die Möglichkeit besteht, die Mühlstraße später über die Bahnlinien festzulegen.

Stadt. Architekt Pommer wendet sich gegen den Antrag. Er hält den Plan hauptsächlich wegen der hohen Kosten für unausführbar.

Bürgermeister Dr. Dietrich bemerkt entgegen den Ausführungen des Referenten, daß der Eisenbahnpark zur Tragung eines Teils der Kosten nicht ohne weiteres gezwungen werden könne. Nach einem allgemeinen Grundsatz müsse in den Fällen, wo eine Straße nicht besteht, aber eine Verbindung geschaffen werden sollte, die Stadt für die Kosten aufkommen. Die letzteren würden allerdings in dem vorliegenden Falle ganz erheblich sein.

Stadt. Rothe beantragt, die Beschlusffassung auszuführen und die Vorlage an den Ausschuß zurückzutreiben. Demgemäß wurde einstimmig beschlossen.

Schließlich genehmigte das Kollegium noch den Verkauf mehrerer an der Brievenaudorfer Straße gelegenen Baupläne.

Damit war die öffentliche Sitzung beendet.

## Richard Schulze, L.-Lindenau

Geschäfts-Haus ersten Ranges für sämtliche Herren-Bedarfs-Artikel.

### Eröffnung

meines 2. Geschäfts-Hauses in

## L.-Plagwitz, Eschchersche Str. 12

Sonnabend den 3. Mai a. c. mittags 12 Uhr.

Unstreitig grösstes Lager in

Hüten, Krawatten, Wäsche, Handschuhen, Schirmen, Stocken, Lederwaren etc.

Geschäftsprinzip: Streng reelle Bedienung, billigste aber feste Preise.

[4175]

## Richard Schulze

L.-Lindenau, Ecke Merseburger und Aurelienstrasse. ♦ L.-Plagwitz, Eschchersche Strasse 12.

**Bund der Arbeiter-Vereine.****Arbeiterverein Leipzig.**Vereinslokal: Große Fleischergasse  
(Stadt Görlitz).

Samstagabend den 8. Mai abends 1/2 Uhr

Deutschsprache und Diskussion.

Montag den 10. Mai abends 1/2 Uhr

Anfang des Unterrichts

im Schönjäckelchen.

Dienstag den 11. Mai abends 1/2 Uhr

Deutsche Sprache.

Mittwoch den 12. Mai abends 1/2 Uhr

Stenographie.

Freitag den 13. Mai Buchführung und

Rechnungen.

Samstag den 14. Mai Volkswirt-

schaftslehre.

Anmeldungen jeden Abend.

4167] — Der Vorstand.

Arb.-Verein Thonberg.

Neurendnitz.

Samstagabend den 8. Mai abends 9 Uhr

Versammlung

im Gasthof Neurendnitz.

T.O.: 1. Vortrag über: Zur Ge-

schichte der Zeitungen und die Unter-

drückungsmahregeln gegen dieselben.

Ref.: K. Pinkau. 2. Diskussion. 3. Ver-

einsangelegenheiten.

Bahlreichen Besuch erwartet

4165] — Der Vorstand.

Volksbildungs-Verein

Plagwitz u. Umg.

abend den 8. Mai abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gasthof Näßl.

Bahlreicher Besuch erwartet.

4168] — Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein****Gaußsch**

Samstagabend den 8. Mai abends 9 Uhr

**Versammlung**

im Thüringer Hof.

1636] — Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein****L.-Entritsch.**

Samstagabend den 8. Mai abends 9 Uhr

**Versammlung**

im Restaurant Neumann, Marienstr. 6.

4167] — Der Vorstand.

Donnerstag den 8. Mai

(Himmelfahrtstag)

**Ausflug nach Wahren.**

Abmarsch 7 Uhr vom Vereinslokal.

Hierzu laden ein

D. B.

**Arbeiterverein Möckern**

Samstagabend den 8. Mai abends 9 Uhr

**Mitglieder-Versammlung**

T.O.: 1. Die Grundlagen des sozialen

sozialistischen Sozialstaates. Ref.: Gen.

Duncker. 2. Zweck und Ziele des Bundes

der Arbeitervereine; Diskussion. 3. Ver-

einsangelegenheiten.

Bahlreicher Besuch erwartet

4171] — Der Vorstand.

**Arb.-Verein Wahren.**

Samstagabend den 8. Mai abends 9 Uhr

**Mitglieder-Versammlung**

im Vereinslokal Birkenschlösschen.

Bahlreicher Besuch erwartet

4174] — Der Vorstand.

**Arbeiter-Sänger-Bund.**

Donnerstag den 8. Mai 1902 (Himmelfahrtstag)

**Ausflug nach Wahren**

(Birkenschlösschen).

Die Vereine gehen zwangsläufig nach Wahren und treffen sich das

selbst früh 9 im Birkenschlösschen.

Giedertegelbcher mitbringen.

Einer allgemeinen Beteiligung steht entgegen

Der Vorstand.

**Gewerkschaftskartell.**

Montag den 5. Mai abends 1/2 Uhr

**Monats-Versammlung**

4168] im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Die Notwendigkeit eines Gewerbe-

gerichts für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig.

2. Wahl einer Kommission für das Gewerkschaftsfest. 3. Vereins-

mitteilungen.

Der Vorstand.

**Achtung!****Achtung!****Dachdecker, Pappdecker und Asphaltentre!**

4150] Sonnabend den 3. Mai 1902 abends 8 Uhr

**Versammlung**

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Gewerkschafts-

bewegung. Referent Kollege G. Diehl-Frankfurt. 2. Bericht der

Agitationskommission und Neuwahl derselben. 3. Gewerkschaftliches.

Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

D. V.

**Holzarbeiter-Verband.**

4196] Sonnabend den 3. Mai abends 1/2 Uhr

**Mitglieder-Versammlung**

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Gewerberichter für

die Arbeiter. 2. Abrechnung vom ersten Quartal. 3. Wahl von

Bibliothekaren. 4. Die Aussperrung der Tischler bei Leo, Trillert,

Seidel und bei Egg et. 5. Verbandsangelegenheiten.

Die Krankenunterstützung- u. Begräbniskasse zu L.-Gohlis

Eingetr. Genossenschaft — Gegründet 1880

hat ihre Zahlende im Restaurant Mönchshof zu Gohlis und zwar Sonn-

abend nach dem 1. und nach dem 15. jeden Monats, woselbst neue Mitglieder

aller Gewerbe aufgenommen werden.

4165] Der Vorstand.

**Coburger Hof.**

Teleph. I, 488. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 488.

Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine Lokalitäten

zur gefälligen Benutzung. Keine Asphalt-Siegelbahn. Billard.

Empfiehlt meinen guten preiswerten Mittagstisch insl. Bier 50 Pf.

Kommt zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.

50 gute Betten zu soliden Preisen.

18802 Hochachtend Kannegiesser.

Leipziger Volkszeitung

2. Mai

1902.

**Reichs-Ecke**

Stadtbekannte Küche!

Rizzi-Bräu (hell und dunkel)

Alt-Pilsenetzter.

Paul Danneberg.

Reichsstrasse 45/47, Ecke Brühl.

Telephon 5382.

[0859]

Gesellschaftssaal

empfiehlt vorzügl.

Mittagstisch,

warne und kalte Speisen.

ff. Lager- und Böhmisches Bier, Döllnitzer Gose et.

Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Zimmer frei.

Gesellschaftssaal

empfiehlt vorzügl.

Mittagstisch,

warne und kalte Speisen.

ff. Lager- und Böhmisches Bier, Döllnitzer Gose et.

Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Zimmer frei.

Gesellschaftssaal

empfiehlt vorzügl.

Mittagstisch,

warne und kalte Speisen.

ff. Lager- und Böhmisches Bier, Döllnitzer Gose et.

Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Zimmer frei.

Gesellschaftssaal

empfiehlt vorzügl.

Mittagstisch,

warne und kalte Speisen.

ff. Lager- und Böhmisches Bier, Döllnitzer Gose et.

Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Zimmer frei.

Gesellschaftssaal

empfiehlt vorzügl.

Mittagstisch,

warne und kalte Speisen.

ff. Lager- und Böhmisches Bier, Döllnitzer Gose et.

Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Zimmer frei.

Gesellschaftssaal

empfiehlt vorzügl.

Mittagstisch,

warne und kalte Speisen.

ff. Lager- und Böhmisches Bier, Döllnitzer Gose et.

Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Zimmer frei.

Gesellschaftssaal

empfiehlt vorzügl.

Mittagstisch,

warne und kalte Speisen.

ff. Lager- und Böhmisches Bier, Döllnitzer Gose et.

Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Zimmer frei.

Gesellschaftssaal

empfiehlt vorzügl.

Mittagstisch,

warne und kalte Speisen.

ff. Lager- und Böhmisches Bier, Döllnitzer Gose et.

Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Zimmer frei.

Gesellschaftssaal



Leipzigs grösstes und billigstes

# Herren-Modenhaus Gebrüder Rockmann

Inh.: Gottfr. Hühne

Centrale: L.-Reudnitz  
Dresdener Str. 75, parterre,  
I. u. II. Etage.  
Straßen-Haltestelle: Neubniker Depot.  
Fernsprecher: Nr. 4202.

Herren-Rock- u. Gehrock-Anzüge  
von Mf. 10,- bis 48,-  
Eleg. Neuheiten in farbigen Rock-  
Anzügen von Mf. 25,- bis 46,-

Radfahrer-Anzüge von Mf. 8½, bis 26,-

Bayer. u. Tiroler Loden-Artikel  
garantiert imprägniert wasserfest.  
Havelocks v. 7½, Juppen v. 2½ Mf. an.  
Neuheit! „Spessart-Pelerinen-Rad“ 12,- Mf.

Tauchaer Str. 1, Ecke Gartenstr.  
direkt neben dem Kristallpalast.

Neuheiten  
in  
Herren-  
Jackett-Anzügen  
in den feinsten schwarzen-  
grauen, schwarzen u.  
blauen Farben u.  
hochelégante  
v. Mf. 10½ bis 22,-  
v. Mf. 24,- bis 42,-

Special-Abteilung:  
Englische, Paletots und Veinsleider sc. für extra corpulente und  
für schlankere Herren in bedeutender Auswahl.

L.-Schönefeld  
Leipziger Str. 127, vis-à-vis der  
Farbenfabrik von Berger u. Wirth.

Neuheiten  
in Sommer-Paletots  
von Mf. 7½, bis 24,-  
hochelégante  
v. Mf. 25,- bis 30,-  
Engl. Sport-Paletots  
und Raglans  
von Mf. 16½ bis 36,-  
Gummi-Paletots  
u. Raglans,

Neuheiten  
in eleganten farbigen  
Herren-  
Jackett-Anzügen  
v. Mf. 12,- bis 25,-  
hochelégante  
v. Mf. 26,- bis 30,-  
Strenge moderne  
Fascons.

Leipzig  
Zeitzer Strasse 24a, Ecke  
Sidonienstrasse.  
(Inhaber: Bruno Hildebrandt.)  
Fernsprecher: Nr. 3428.

Reizende Neuheiten in  
**Knaben-Anzügen**  
von hervorragend geschmackvollen Fascons.  
Eleg. Quaben-Paletots außerord. preisw.

Radfahrerhosen v. Mf. 3½ an. Sweaters.

Elegante Knaben-Anzüge  
für den praktischen Gebrauch in hoch-  
geschlossenen Blusen und Knaben-Juppen von  
Mf. 2½ an. Knaben-Boden-Juppen  
von Mf. 1½ an. Knaben-Hosen von 90 f. an.

Beinkleider  
in apartesten Neuheiten  
von Mf. 2½ bis 13,-

Westen  
in Piqué und Seide  
von Mf. 2½ bis 12,-

Bon: Bitte ausschneiden!  
Vorzeigen dieses gewünschen wir  
trotz unserer enorm billigen Preise 10% Rabatt.

Anfertigung nach Mass:

Abteilung A:  
Anzüge nach Maß . . . . . von 45 bis 65 Mf.  
Sommerüberzieher nach Maß . . . . . 35 bis 48 Mf.  
Veinsleider nach Maß . . . . . 12 bis 18 Mf.

Abteilung B:  
Anzüge nach Maß . . . . . von 24 bis 42 Mf.  
Sommerüberzieher nach Maß . . . . . 17 bis 36 Mf.  
Veinsleider nach Maß . . . . . 5½ bis 13 Mf.

Unbedingte Garantie  
des Gutsigens!

Wir machen höflichst darauf aufmerksam, dass unsere Filiale „Schönefeld“ auch Sonntags von 11—2 Uhr geöffnet ist.

## Gustav Hampel

Schirmfabrik — Hainstrasse 31

empfiehlt sein grosses Lager in

### Sonnen- und Regen-Schirme

von den einfachsten bis zu den elegantesten  
Neuheiten in niedrigster Ausführung zu  
billigsten Preisen.

### Sonnen-Schirme

in den apartesten neuesten Farben von

Mf. 2,50 an.

### Regen-Schirme

von Mf. 1,50 an.

Reparaturen schnell und billig.

Dampf-Kaffee-Brennerei „Java“

### Fiedler & Co.

Rossplatz 1 — Leipzig — gegenüber der Markthalle  
empfiehlt ihre

an Wohlgeschmack unübertroffenen

Java-Kaffees von 98 Pfg. an.

Specialität:

Edel-Java-Melange à 120 Pfg. pro Pfd.

Dampf-Kaffee-Brennerei „Java“

Fiedler & Co., Leipzig, Rossplatz 1

gegenüber der Markthalle.

Gutschein über 0,5 Pfd. ff. Würfelzucker.

0,5 Pfd. ff. Würfelzucker erhält jeder Ueberbringer  
dieses Scheines bei Einkauf von 1½ oder 2½ Pfund  
Kaffee in der Preislage von 120 Pfg. aufwärts.

## Berufsbekleidung

vorschriftsmässige Schutz- und Berufs-Bekleidung.

### Blaue Sicherheits-Anzüge

für Elektrotechniker, Maschinisten, Schlosser sc.  
vorläufig in allen Größen. Bildhauer-Mäntel, Buchdrucker, Wälers, Chemiker,  
Mechaniker, Photographen- u. Schriftschriften-Kittel. Koch, Konditor-Jäden  
und Milch. Alle Sorten Schürzen in weiß, blau, grün.

E. Müller, Schürzen-Fabrik

Tauchaer Strasse 2, schrägüber dem Kristallpalast.

Dresdener Strasse 51

## Reudnitzer Schuhhaus

51 Dresdener Strasse

vis-à-vis Schlosskeller

Fabrikat Gotthard Enke, Zwenkau



empfiehlt sämtliche Schuhwaren. — Verkauf von nur reeller  
dauerhafter Ware nach dem Grundsatz: Grosser Umsatz — wenig Nutzen.

Zur ges. Beachtung! Auf die auf jeder Sohle gestempelten billigen Preise  
gewähre den geehrten Abonnenten der Volksztg. noch 5% Extra-Rabatt!

## M. Kemski

6 Nürnberger Str. 6  
dicht am Johannisplatz.

Schlagwerk-  
Regulator  
wie nebenstehend  
Ruhbaumgehäuse  
mit Schlagwerk habt  
und voll schlagend  
unter reeller schrift-  
licher 5 jähriger  
Garantie für  
richtiges Gehen und  
Schlagen von

Mk. 8  
8446] an.

Trotz der billigen Preise  
allen Lesern der Volkszeitung noch  
10 Prozent Rabatt.

## Specialität.

Nur Kurprinzstr. 4.



## Radfahrer.

Neue Räder unter reeller Garantie

von 80—180 M. Zubehörteile billigst:

Fußbremsen 40 M., Garbd 55 M., Ständer

50 M., Fußhebel 25 M., Aufhängeloden

15 M., Radlaugeloden 80 M., Griff 25 M.,

Hofenklammern 30 M., Hofeulspangen

35 M., Blechklopfhüter 2,25 M., Blod-

leitern 2,35 M., Doppelrollketten 8,75 M.,

Kettenspanner 85 M., Delleratern 85 M.,

Metallkettenlatern 1,90 M., Patern-

halter 15 M., Lustpumpen 40 M., Fuß-

pumpen 1,25 M., Pedale 2,50 M., Eng-

länder 30 M., Lustschläuche 3 M., Lau-

dfedern mit Garantie 6 M. sc. sc.

Leipziger Fahrrad-Haus

Sebastian Bach-Str. 32. [3354]

Preisliste gratis. Versand nach ausserh.

Fahrrad-Verleih- u. Repar.-Anstalt, Lager

samt. Zubehörteile sow. Glocken, Lampen

u. s. w. billigst. Neubnitz, Bergstraße 18.

## Neu eröffnet

27 Katharinenstraße 27 Wiener Hut-Mode

Specialität: Jeder Hut 2,60 Mk.

Moderne Haarfilzhüte  
in grösster Auswahl zu stämmigem  
billigen Preisen

27 Katharinenstr. 27



Keine Insektenplage mehr!

Niemals wird ein Haus Capnai

versucht hat, gegen Motten, Flöhe,

Wanzen sc. ein anderes Mittel benutzen.

Zu haben in Dosen à 20 Pfg. u. 40 Pfg.

Nur recht zu haben in der Drogenhandlung

Dr. Rossberg & Strauss

11 Grimma. Steinweg 11. Tel. 3333.

## Monatsgarderobe

Ren. u. wenig getragene Anzüge, Brillen

jedes- u. Sommer-Paletots, Fracke u. C

ellschafts-Anzüge in verschiedenen Sorten

und Preisschichten, sowie auch selbsteifende

reißer Kleidung.

M. Kindermann

1. Geschäft: Kleine Fleischergasse 16, 1

Beste landwirtschaftliche  
Blumen- u. Gemüse-Samen

August Held  
Inhaber: Malvine Held  
Samenhandlung, Leipzig, Neumarkt 12.